Nr. 318 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 22

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21,50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3,— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2,— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 25. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Der Reichstag der Deutschen Republik.

Die Eröffnungssitzung.

Der erste Reichstag der Deutschen Republik ist gestern, 3 Uhr nachmittags, eröffnet worden. Die Berliner Bevölkerung empfindet die Bedeutung des Tages, die Tribünen sind überfüllt, vor dem Portal II, durch das die Abgeordneten eintreten, drängt sich eine neugierige Menge, Photographen stehen zur Aufnahme der abgehenden und der kommenden Minister bereit.

Drunten im Saale aber vollzieht sich nur das Notwendige mit geschäftlicher Nüchternheit. Der neugewählte Reichstag konstituiert sich. Obwohl 34 Mitglieder fehlen, ist der Saal überfüllt, die regelrechten Sitzplätze reichen nicht aus, hinter ihnen sind Stühle aufgestellt, die die Namen der neugewählten Abgeordneten tragen. Denn die Neulinge müssen sich im allgemeinen mit den schlechtesten Plätzen begnügen.

Die bisherigen sozialdemokratischen Minister haben wieder ihre Abgeordnetensitze eingenommen, auf der Regierungsbank thront der im Amt verbleibende Reichsminister Dr. Koch in einsamer Größe. Unter den Fehlenden befindet sich auch Herr Fehrenbach, der vielleicht Dringenderes zu tun hat.

Die sozialistischen Parteien füllen fast die Hälfte des Saales, der Mittelgang trennt sie von den Bürgerlichen. In der Sitzordnung drückt sich geometrisch der Wahlausfall aus, die 112 Sozialdemokraten sind gegen die Mitte gedrückt, die 81 Unabhängigen thronen breit auf der äußersten Linken, in der letzten Bankreihe sitzt die Kommunistin Clara Zetkin und hinter ihr, auf einem Neulingsstuhl, ihr Gesinnungsgenosse, der Frankfurter Anwalt Dr. Paul Levi. Im übrigen ist es merkwürdig, wie wenig Gesichter man bei den Unabhängigen sieht, die noch aus der alten Zeit der gemeinsamen Partei bekannt sind. Dafür desto mehr junge Leute, die hier hoffentlich noch manches lernen werden.

Einige Minuten nach drei besteigt der Altersvorsitzende den überragenden Platz des Präsidenten. Es ist wieder, wie bei der Eröffnung der Nationalversammlung, ein Sozialdemokrat, aber nicht mehr der Genosse Pfannkuch, dessen eindrucksvolle Ansprache in Weimar unvergessen bleibt, sondern der 77jährige Genosse Riecke aus Braunschweig. Der Zufall will es, daß der älteste deutsche Reichstagsabgeordnete zugleich einer der allerjüngsten ist, und daß die ersten Worte des Alterspräsidenten zugleich eine Jungfernrede werden. Genosse Riecke, seit vielen Jahren Stadtverordneter in Braunschweig, seit 1918 Landtagsabgeordneter, ist nämlich diesmal zum erstenmal in den Reichstag gewählt. Aber ein alter, im öffentlichen Leben großgewordener Sozialdemokrat läßt sich nicht verblüffen; mit ruhiger Festigkeit, als ob er es seit Jahren gewohnt wäre, leitet Genosse Riecke die erste Reichstagssitzung.

Nach der vorläufigen Ernennung von Schriftführern folgt die Monotonie des Namensaufrufs, die nur durch Zwischenrufe der besonders hochgestimmten Unabhängigen unterbrochen wird. Ledebour — er ist auch wieder da — macht einen entrüsteten Zuruf über das erzwungene Fernbleiben seines Fraktionskollegen Mittwoch, der am Tage vor der Reichstagseröffnung in Leipzig wegen Landesverrats verurteilt wurde. Der Mann muß natürlich freigelassen werden, er hat auch gewiß nicht die Absicht gehabt, Landesverrat zu üben, sondern er wollte nur den „rechtssozialistischen Ministern" eins auswischen, indem er mit unerhörter Gewissenlosigkeit einen von Anfang bis zu Ende gefälschten Bericht über eine angebliche Ministersitzung veröffentlichte.

Wo sich Ledebour bemerkbar macht, muß Adolf Hoffmann natürlich zeigen, daß auch er mit seinen Späßen wieder da ist — er ist wenig feierlich! Da merkt man doch wieder unter den jungen Häuptern der U. S. P. — das „alte Regime".

Um 4 Uhr ist alles aus. Die Fraktionen ziehen sich zu Beratungen zurück und heute soll das Präsidium gewählt werden. Auch das wird nicht sehr spannend werden, denn es steht jetzt schon fest, daß Genosse Löbe Präsident wird, und daß Dittmann (U. S. P.), Bell (Z.) und Dietrich (Dnat.) ihm als Vizepräsidenten beigegeben werden. Am Montag soll sich aber die Ministerbank neubevölkern, von diesem Tage an soll die Regierung, wie Deutschland wieder ohne Sozialdemokraten regiert wird.

•

1. Sitzung Donnerstag, den 24. Juni 1920, 3 Uhr.

Das Haus ist sehr gut besucht.

Die Tribünen sind überfüllt, in der Diplomatenloge sind zahlreiche Vertreter fremder Staaten anwesend.

Am Regierungstisch: Vizekanzler Koch.

Der Alterspräsident Riecke-Braunschweig (Soz.) eröffnet die Sitzung und erklärt den ersten deutschen republikanischen Reichstag für eröffnet.

Zu vorläufigen Schriftführern werden die Abgeordneten: Frau Bohm-Schuch (Soz.), Frau Agnes (U. Soz.), Dr. Pfeiffer (Ztr.) und Malkewitz (Dnatl.) bestimmt.

Es wird dann der Namensaufruf der Abgeordneten vorgenommen.

Es fehlen u. a. noch die Abgeordneten: Erzberger (Ztr.), Dr. Heim (B. Vp.) und Dr. Hugenberg (Dnatl.). Beim Aufruf des unabhängigen Abg. Mittwoch, der vom Reichsgericht wegen Landesverrats zu zwei Jahren Festung verurteilt worden ist, ruft Abg. Ledebour (U. Soz.): „Der ist unter Rechtsbruch verurteilt worden und kann deshalb nicht hier sein." (Unruhe.) Bei Aufruf des Abg. Stinnes (D. Vp.) ruft Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.): „Wenn das Geld im Kasten klingt . . ." (Unruhe und Heiterkeit.)

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 432 Abgeordneten. 34 fehlen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Freitag 3 Uhr. Wahl des Präsidiums.

Schluß 4 Uhr.

Industriekapital und Regierung.

Der Fall v. Raumer.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern beschlossen, zu den Personenfragen des in Bildung begriffenen Kabinetts keinerlei Stellung zu nehmen, die als stille Teilhaberschaft an der Regierungsbildung aufgefaßt werden könnte. Die Fraktion muß darauf verzichten, mitbestimmenden Einfluß auf die Zusammensetzung einer Regierung zu nehmen, an der sie sich selbst nicht zu beteiligen gedenkt. Das hindert natürlich nicht, daß auch von unserer Seite über schwebende Personenfragen, die in hohem Grade Sachfragen sind, persönliche und redaktionelle Meinungen ausgesprochen werden.

Wir haben gestern bezweifelt, daß Herr v. Raumer für das Reichsschatzministerium, Herr Oberbürgermeister Scholz-Charlottenburg für das Reichswirtschaftsamt in Aussicht genommen seien, die ganze übrige Abendpresse versichert jedoch, daß dies der Fall sei.

Herr v. Raumer war vom Herbst 1916 bis Januar 1918 Kriegsreferent im Reichsschatzamt. Er bearbeitete hier insbesondere Fragen der Elektrizitätswirtschaft und trat stets als Gegner des staatlichen Eingreifens auf.

Dieser Stellungnahme blieb Herr v. Raumer auch bei Vorbereitung und Beratung des Elektrizitätsgesetzes treu, dessen Zweck die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft war. Jetzt soll Raumer, der zurzeit Geschäftsführer des Bundes der privaten Elektrizitätsbetriebe ist, Reichsschatzminister und damit der führende Mann in der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft werden. Im Reichsschatzministerium stehen aber auch noch andere Interessen auf dem Spiel. Hier sind gemäß dem Beschluß der Nationalversammlung die Reichswerke zu verwalten. Die Umstellung dieser ehemaligen Heereswerkstätten muß allgemein als ein maßgebender Versuch der Sozialisierung betrachtet werden, von dessen Ergebnis für die Verwirklichung des Sozialismus in Deutschland unendlich viel abhängt. Herrn v. Raumer hier zum obersten Leiter zu machen, bedeutet, diesen schwierigen und äußerst wichtigen Versuch von vornherein zum Scheitern zu bringen.

Herr Dr. Scholz hat als Oberbürgermeister von Charlottenburg gegenüber Herrn v. Raumer, der früher einmal Landrat war, wenigstens das eine voraus, daß er in der Vertretung öffentlicher Interessen mehr Uebung besitzt, im übrigen muß er als engster Gesinnungsgenosse des Herrn v. Raumer angesprochen werden.

Als der „Vorwärts" schrieb, die Unabhängigen wollten eine Regierung Helfferich, wurde dies von der „Freiheit" in der gewohnten Tonart aufs schärfste bestritten. Aber was immer die Absicht der Unabhängigen war, jedenfalls haben sie durch ihre Abstinenzpolitik bewirkt, daß jetzt die wichtigsten Wirtschaftsressorts den nächsten Gesinnungsnachbarn des Herrn Helfferich anvertraut werden sollen. Es ist schwer zu behaupten, für die Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus sei es gleichgültig, ob diese Ressorts von Sozialisten und Arbeitervertretern oder ob sie von eingefleischten Freiwirtschaftlern und Vertretern privatkapitalistischer Interessen verwaltet werden. Wenn jetzt der zweite Fall eintritt, so ist das eine unmittelbare Folge des berühmten, ach so „prinzipiellen" Crispien-Briefes an Hermann Müller.

Es mag sein, daß man sich im „Stall Stresemann" — um die geschmackvolle Sprache der deutschvolksparteilichen Wahlpropaganda zu gebrauchen — geschwind noch nach ein paar anderen Pferden umsehen wird, aber man wird keine finden, die nicht Herrn Stinnes gehören. Die Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung, die durch die Selbstausschaltung der Unabhängigen unvermeidlich geworden ist, bedeutet nun einmal auf alle Fälle stärkstes Eindringen des Industriekapitalismus in die politische Machtsphäre.

Herr v. Raumer ist derselbe Mann, der sich in einer vielbemerkten Wahlrede dafür ausgesprochen hat, daß auch Eisenbahnen und Post wieder in den privatwirtschaftlichen Betrieb überführt werden sollen. Sicher würde es Herrn v. Raumer als Reichsschatzminister nicht gelingen, dieses hochkapitalistische Endziel zu erreichen, aber das Programm kennzeichnet doch den Mann und zeigt, was von ihm als Vertreter wichtigster Reichswirtschaftsinteressen ungefähr zu erwarten ist.

Als am letzten Dienstag die sozialdemokratische Fraktion über den Wunsch der Demokraten beriet, sie möge von vornherein der in Bildung begriffenen Regierung ihr Vertrauen zusichern, war die Kandidatur des Herrn v. Raumer für das Reichsschatzministerium noch nicht bekannt. Als da-

Entente-Botschafter für Deutschland.

Die französische Regierung entsendet Charles Laurent als Botschafter nach Berlin.

Herr Laurent ist erster Ehrenpräsident des Rechnungshofes, Vorsitzender des Verbandes der Bergwerks-, metallurgischen und mechanischen Industrie, Mitglied des Verwaltungsrates der Suez-Gesellschaft und der Gesellschaft der Orleans-Eisenbahnen, Vorsitzender der Gesellschaft Tompsen-Houston. Er war wiederholt mit finanziellen Missionen der französischen Regierung im Ausland betraut.

Englischer Botschafter wird Lord d'Abernon. Er war schon in den achtziger Jahren Finanzkurator der Türkei, dann Aegyptens und nachher Präsident der Banque Ottomane. Daneben hat er allerdings Zeit gefunden, eine neugriechische Grammatik zu schreiben, die von der Universität Athen als Lehrbuch anerkannt wurde.

Die Wahl dieser zwei Botschafter, besonders des englischen, zeigt deutlichst, wohin der Ententekurs geht: Deutschland zahle!

Der belgische Gesandte in Tokio, Graf de la Faille de Leverghem, ist zum Gesandten in Berlin ernannt worden.

Asquith für Räumung Mesopotamiens.

Lloyd George für Englands „moralisches Recht".

London, 24. Juni. Im Unterhause gab Asquith der Meinung Ausdruck, daß es sich für Großbritannien empfehlen würde, Mesopotamien zu räumen, denn es habe rechtlich keinen Anspruch auf dies Land. Der Völkerbund allein könnte ein Recht darauf verlangen. Asquith schlug vor, die beantragten Kredite um eine Million Pfund Sterling zu kürzen. **Lloyd George erklärte, daß die britische Regierung in Mesopotamien den im November 1918 gemachten Vorschlägen entspreche. Heute bestehe die Ansicht, daß das Wilajet Mossul einbezogen werden müsse, um Mesopotamien zweckmäßig zu verbessern. England habe ein unmittelbares moralisches Recht auf Mesopotamien. Lloyd George sagte: Wir haben Weisung gegeben, die Ansichten der arabischen Volksführer über die vorgesehene Regierung in Mesopotamien einzuholen. Wenn die Regierung gebildet ist, werden die Kosten für die militärischen Streitkräfte verringert werden können. Der Antrag Asquith wurde mit 285 gegen 50 Stimmen abgelehnt.**

(Auf die Begründung des „moralischen Rechtes" Englands auf Mesopotamien wären wir sehr neugierig. Kraft dieses „moralischen Rechtes" hat Großbritannien einen großen Teil der Welt eingesteckt. Die Hindus, Aegypter, Araber, Buren, Iran usw. sind in dieser „Rechts"-Frage allerdings etwas anderer Ansicht als Lloyd George. Aber ihre Selbständigkeitsbestrebungen sind natürlich höchst unmoralisch . . . Die Red.)

Arbeiterregierung in England?

Clynes über die Regierungsfähigkeit der Labour Party.

London, 24. Juni. (TU.) Im Verlaufe einer Kundgebung, die sich an die Parteitagung anschloß, sagte das Parlamentsmitglied Clynes, es herrsche kein Zweifel darüber, daß die Arbeiterpartei imstande sei, die Regierung zu übernehmen und daß dies nicht in allzu ferner Zeit der Fall sein werde. Sie werde ebenso regieren wie alle beiden historischen Parteien. Durch ihre auswärtige Politik werde die kommunistische (?) Arbeiterregierung den Krieg unter den zivilisierten Völkern verhindern. (Clynes, der selbst am äußerst rechten Flügel der Labour Party steht, gebrauchte zweifellos das Wort „kommunistische Arbeiterregierung" im historischen und nicht im sowjetistischen Sinne.)

mals an dieser Stelle bescheiden gesagt wurde, der Fraktion könne doch nicht zugemutet werden, eine Regierung, deren Zusammensetzung und Programm noch gar nicht feststehe, ihr Vertrauen zuzusichern, rief dies bei den Demokraten Ausbrüche der heftigsten moralischen Entrüstung hervor. Vielleicht beginnt man jetzt dort auch einzusehen, daß die Fraktion gar nicht anders handeln konnte und daß es schon ein weites Entgegenkommen war, wenn sie einer Regierung, in der ein Herr v. Raumer noch möglich war, zunächst eine abwartende Neutralität in Aussicht stellte.

Natürlich wird die Fraktion, sobald ihr die Ministerliste und das Programm der neuen Regierung vorliegt, in eine Prüfung ihrer vorläufigen Stellungnahme eintreten müssen. Aber wenn es auch bei dem „zunächst" bleiben sollte — worüber zu entscheiden Sache der Fraktion ist —, so läßt sich doch voraussehen, daß heftige Meinungskämpfe zwischen den Sozialdemokraten und den deutschvolksparteilichen Wirtschaftsministern nicht ausbleiben werden. Sollte die sozialdemokratische Fraktion auch beschließen, zunächst Gewehr bei Fuß stehen zu bleiben, so wird das Gewehr auf keinen Fall ungeladen sein dürfen.

Die Arbeiterschaft wird aber begreifen lernen, wie verfehlt es ist, wichtige Machtpositionen freiwillig den Gegnern einzuräumen. Crispien wird solche Briefe, wie er an Hermann Müller einen geschrieben hat, nicht wieder schreiben dürfen, oder er wird, wenn er sie wieder schreiben will, nicht mehr soviel blinde Nachläufer finden wie am 6. Juni.

Drei Noten!

100 000 Soldaten — 150 000 Ordnungspolizisten — Auflösung der Sicherheitswehr.

Berlin, 24. Juni. (WTB.) Von den drei dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in der Frage der Entwaffnung von den alliierten Regierungen zugegangenen Noten zählt die erste die verschiedenen Verstöße gegen die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages auf, die Deutschland von den Alliierten zur Last gelegt werden. (Es wird dann im einzelnen darauf hingewiesen, die Alliierten seien darin einig, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Entwaffnung Deutschlands, sowohl was die Heeresstärke als auch was das Kriegsgerät betreffe, restlos durchgeführt werden müßten. Dauer müsse es bei der Herabsetzung der deutschen Heeresstärke auf hunderttausend Mann verbleiben.

Die Sicherheitspolizei sei innerhalb dreier Monate aufzulösen, dafür könnte die schon vor dem Kriege bestandene Ordnungspolizei auf 150 000 Mann, somit um 70 000 Mann gegen ihren Stand von 1913 erhöht werden.

Ferner fordern die Alliierten, daß die deutsche Gesetzgebung ausdrücklich in Einklang mit den militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages gebracht werde, womit wie aus der zweiten Note hervorgeht, insbesondere die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht durch Gesetz gemeint ist.

Ferner werden in der Note gesetzliche Maßnahmen gegen die Ausfuhr von Kriegsmaterial verlangt. Endlich wird auf wirksame Maßnahmen zur Auflösung der Einwohnerwehren bestanden. Die zweite Note gibt insbesondere Einzelheiten über den Ersatz der Sicherheitspolizei durch die 150 000 Mann Ordnungspolizei.

Die dritte Note fordert mit Rücksicht auf die unvollkommene Ausführung der Auslieferung des militärischen Luftfahrmaterials, daß die Anfertigung von Luftfahrmaterial in Deutschland, die an sich am 10. Juli wieder hätte beginnen können, erst drei Monate nach vollständiger Durchführung der Auslieferungspflicht wieder aufgenommen werden darf.

Die drei Ententenoten sind die erste Quittung über die Junitoasten, man will offenbar zeigen, daß man Deutschland noch schlechter behandeln kann, als man es bisher getan hat.

Mit der Abrüstung sind wir vollkommen einverstanden, erwarten aber, daß sie in den anderen Ländern auch erfolgt, und außerdem wäre zu wünschen, daß nicht durch immer neue Diktate von außen eine Unruhe in die bewaffneten Formationen getragen würde, die gefährlich werden kann.

Das gilt besonders von dem Verlangen nach Auflösung der Sicherheitspolizei. Natürlich kann diese Auflösung nur eine Umformung zur „Ordnungspolizei" bedeuten, einstweilen weiß man nur nicht recht, wodurch sich eine „Ordnungspolizei" von einer „Sicherheitspolizei" unterscheidet. Soll diese Wandlung etwa durch neue Uniformen angezeigt werden? Dazu fehlt uns das Geld.

Ueberflüssig und erregend ist die Bestimmung, daß der Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht auch noch besonders durch ein Gesetz ausgesprochen werde. Daß die Gesetze den nach außen geschlossenen Verträgen entsprechen müssen, ist eine Selbstverständlichkeit, der die Nationalversammlung bereits Rechnung getragen hat. Kennt man denn drüben die deutsche Verfassung nicht, in der ausdrücklich gesagt ist, daß das internationale Recht Bestandteil der Verfassung ist und daß gesetzlich nichts geschehen soll, was dem Friedensvertrag zuwider ist? Wenn die Entente darüber hinaus noch dem Deutschen Reichstag den Wortlaut der Gesetze vorschreiben will, die er zu beschließen hat, soll sie ihn einfach durch eine Interalliierte Kommission ersetzen, das ist dann wenigstens ein klares Verhältnis!

Die Ludendorfferei der U. S. P.

August Erdmann gegen das Zentralkomitee.

Der ehemalige sozialdemokratische Abgeordnete Dr. August Erdmann, der der Partei der Unabhängigen seit ihrer Gründung angehört, veröffentlicht in einem ihrer Organe, der „Westdeutschen Wochenschau", einen Aufsatz, in dem er sich mit schärfster Schärfe gegen das wahnsinnige Treiben seiner eigenen Partei wendet. Erdmann nennt den Crispienbrief an Genossen Hermann Müller einen Akt „politischer Ludendorfferei". Erdmann rühmt den Kampf seiner Partei gegen Ludendorff und fährt dann fort:

Und doch wollen die Führer der Unabhängigen es jetzt genau so machen wie die Gewaltfriedriche um Ludendorff. Und dabei wußten die Ludendorffe wenigstens, was sie wollten, während das Programm der Unabhängigen, das die Grundlage der kommenden Politik sein soll, ja noch gar nicht mal vorhanden ist, **weil bekannter- und eingestandenermaßen in der U. S. P. über all die grundsätzlichen und taktischen Pläne und Vorschläge, die man als „revolutionären Sozialismus" anpreist, soviel Meinungen als Köpfe vorhanden sind.**

Die U. S. P. war nicht gut beraten, als sie diesen Brief in dieser Fassung und mit diesem Schlußsatz auf die Anfrage des Reichskanzlers Müller abgehen ließ. Ablehnung der Teilnahme an einer Koalitionsregierung — gut! Es mag was Klügeres geben, aber wenn die beiden Parteien zusammensetzen, kann ein Fehler immer wieder gut gemacht werden. Die Ablehnung eines Zusammengehens zur Abwehr der Reaktion, die Fortsetzung des Bruderkampfes bis zur Niederzwingung des einen Teils, Vergewaltigung statt Verständigung — das ist ein Fehler, über den wir nur unter großen Mühen und Opfern hinwegkommen, ein Fehler, der das große Parteielend verlängert und verschlimmert.

Die parteioffiziöse „Freiheit" meinte jüngst, nur die „politisch Ungeschulten" seien es, die mit der Politik des Zentralkomitees nicht einverstanden seien. Die Zahl dieser „politisch Ungeschulten" vermehrt sich aber reißend, und merkwürdigerweise sind es gerade die ältesten, erfahrensten Vorkämpfer der Arbeiterbewegung, die am schärfsten gegen die Selbstmordpolitik des Zentralkomitees Stellung nehmen.

Wird nun die „Freiheit" wenigstens ihren Lesern von dem Artikel Erdmanns Kenntnis geben? Oder wird sie ihn ebenso unterdrücken wie den Artikel Kautskys, der das ebenso von dem „Arbeiterverrat", der durch eine Koalitionspolitik begangen werden soll, so erbarmungslos zerpflückte?

War Deutschland geschlagen?

Urteile feindlicher Heerführer.

Der „Temps" veröffentlicht unter dem Titel „La bataille de Foch" amtliche Schriftstücke über das Ende des Krieges.

Am 25. 10. 18 erklärten die vier Heerführer im Hauptquartier zu Senlis über ihre Auffassung der Kriegslage:

Haigs hält die deutsche Armee nicht für gebrochen. Sie ist imstande, sich geordnet zurückzuziehen und den Kampf fortzusetzen. Die englische und französische Armee sind völlig erschöpft. Die amerikanische Armee ist für den Bewegungskrieg nur unvollständig organisiert. (Diese Ansicht vertrat auch General Plumer, wie aus Lord Fishers Memoiren hervorgeht.)

Es ist daher weise, Deutschland nur annehmbare Bedingungen, vorzuschlagen: Räumung von Belgien und der französischen Gebiete, Elsaß-Lothringen eingeschlossen. Sofortige Herausgabe des französischen rollenden Bahnmaterials. — Wenn man mehr fordert, wird das in die Enge getriebene Deutschland noch auf lange Zeit den Krieg fortsetzen.

Foch hält dagegen die deutsche Armee für überall mit den Waffen und auch moralisch geschlagen. Daß die Verbandstruppen am Abend der Entscheidungsschlacht ermüdet sind, fällt überhaupt nicht ins Gewicht.

Pétain fordert die Besetzung des linken Rheinufers und der Brückenköpfe. In 14 Tagen sind 5000 Lokomotiven und 100 000 Wagen auszuliefern.

Pershing ist derselben Ansicht.

Am folgenden Tage überreicht Foch in Paris die im Kriegsrat geforderten Waffenstillstandsbedingungen.

Diesen Urteilen der feindlichen Heerführer ist zweckmäßig das der deutschen beizufügen. Indem die deutschen Heerführer zu einer Zeit, in der von dem berühmten „Dolchstoß" noch gar nicht die Rede sein konnte, die deutsche Regierung dazu drängte, um Waffenstillstand zu bitten, gaben sie selbst ein Urteil über die Kriegslage ab, das demjenigen Fochs entspricht. Die Sozialdemokratie hat zwar stets dazu gedrängt, die Friedensliebe des deutschen Volkes erkennen zu geben, nie aber dazu, um Waffenstillstand zu bitten. Das überließ sie, falls es notwendig werden sollte, den militärischen Fachleuten. Hatten diese früher schon von bloßen Erklärungen der Friedensbereitschaft gesagt, daß sie auf die Stimmung schädlich wirkten, so mußten sie genau wissen, wie erst eine deutsche Bitte um Waffenstillstand hüben und drüben wirken würde. Sie konnte nicht anders wirken denn als eine Erklärung, daß Deutschland am Ende sei.

Der Pommersche Landbund als Ankläger.

Die in Stettin tagenden Arbeitgeberausschüsse des Pommerschen Landbundes haben an die Staatsregierung, den Reichsarbeitsminister, den Staatskommissar für öffentliche Ordnung sowie an den pommerschen Oberpräsidenten und die Regierungspräsidenten der Provinz eine Entschließung gerichtet, in der sie gegen den seit dem 17. Juni im Regierungsbezirk Köslin andauernden Streik der Landarbeiterschaft protestieren. Die Landbündler verlangen sofortige Maßnahmen der Regierung und erklären sich zu Verhandlungen erst nach bedingungsloser Aufnahme der Arbeit bereit.

Die pommerschen Agrarier haben keine Ursache, sich derart aufs hohe Pferd zu setzen, da sie durch ihre fortgesetzten Provokationen in der Landarbeiterschaft stärkste Erbitterung hervorgerufen haben.

Fackelzug.

Von Frieda Rudolph-Staubitz.

Es gibt Tage und Stunden, wo das Leben so schwer auf uns lastet, daß wir meinen, ihm erliegen zu müssen. Und dann kommt eine Freude, schlicht und golden wie ein Sonnenstrahl, die Wolken fliehen auseinander, von bangem Druck befreit atmen wir auf.

Kennst du diese Not und diese Erlösung? Just eben habe ich's erlebt. Noch rang ich mit dem Leid, das meine Seele schnürte und in vielerlei Gestalt seine Krallen in mich einschlug, bald als Jammer um unser armes Deutschland, bald als Haß und Streit in unseren eigenen Reihen, bald als Verderben und Untergang, als rettungslose Nacht —, da klang Musik zu mir herauf, fröhliche Musik, und gebot den quälenden Gedanken ein energisches Halt. Ich trat ans Fenster, draußen lag heller Mondenschein auf den Bäumen, und die Kieswege des freien Platzes blinkten, immer näher kamen die lustigen Klänge, und jetzt drang heller Flackerschein aus der Seitenstraße.

Didelbum klang, dazu Lachen und Jauchzen vergnügter Menschen und das entzückende Bild in der Mondnacht. Voran die Musikanten im Dunkel. Ihre Lieder spielen sie auswendig, nur ihre blinkenden Trompeten sind zu erkennen. Hinterdrein ein endloser Zug heller und dunkler Gestalten, über deren Köpfe Hunderte von bunten, glühenden Papierlaternen tanzen. Rote, gelbe, grüne, solche mit Fensterchen, andere mit Streifen, auch Teufelsfratzen grinsen, und dazwischen leuchten dicke rote Kugeln. Wirklich, ein prächtiges Bild. Ueber die Wege des Platzes führen die Musikanten ihren Glühwürmchenzug, zum Takt ihrer Weise halten die Füße klingenden Rhythmus. Da lustiges Auflachen und heller Schein, ein Papierlämpchen hat Feuer gefangen. Wild stieben sie auseinander; denn die um ihr Laternchen Betrogenen versuchen mit ihrem Glühturmel andere anzuzünden, was ihnen lachend verwehrt wird. Und überall klingend und singend das Siegeslied der Sonntagsfreude. Was lag ich auch und stöhnte über die Not unserer Zeit? Didelbum schrumm, der Zug hält. Aufreihen, heißt das Kommando und wird weiter gegeben bis zum letzten Mann.

Vierzehn Tage sind es her, da erlebte ich einen andern Fackelzug, sengend und brennend, wie die Pechfackeln, die ihn begleiteten. Das war bei meinem ersten Besuch im besetzten Gebiet. Ein Samstagabend war es, ich ging durch eine nicht sehr breite Straße. Da klang Musik heran, wilde, sprudelnde Musik. Die Straße war leer, nur vor mir ein Mann, der wie ich, zum ersten Male hier, erstaunend stehen blieb. Wir schauten uns stumm an und schüttelten den Kopf. Immer die gleiche Weise, ohrenbetäubend, kam mir zu Ende, von vorn beginnend; fast zermalmte sie uns. Jetzt bog sie um die Ecke, von Pechfackeln flankiert, eine Fahne in der Mitte. Die Fahne der Sieger. Noch weiß ich nicht recht, was das zuging; als das eigentümliche Gejauner mit der Fahne an uns vorbeizog, sprang ein bunter Soldat aus der Reihe und schlug dem Mann an meiner Seite den Hut vom Kopf. Sechs, sieben Füße stampften über ihn weg, unverständliche Laute gellten in unserm Ohr — vorüber war der Spuk. Der Mann hob seinen Hut wieder auf, aus dem gegenüberliegenden Hause kam ein Alter auf uns zu: „Ja, wissen Sie nicht? Vor der Fahne soll man den Hut abnehmen. Das beste ist, man geht ihr aus dem Wege."

Das war der Fackelzug im besetzten Gebiet. Der Geßlerhut auf der Stange. Aber der Schöpfer des Wilhelm Tell ist ein Kind unseres Volkes.

Daran dachte ich, da setzte sich der Glühwürmchenzug unter meinem Fenster wieder in Bewegung. Didelbum schling! Immer ferner klingt die Musik, immer leiser das Jauchzen der Kleinen, bis es endlich ganz verhallt. Aber in meinem Herzen klingt es weiter, das Lied der Freude.

Deutsches Volk, Volk der Besiegten, deine Geßlerstange hast du zerschellt, du brauchst dich nicht mehr vor ihr beugen. Fühlst du nicht, was das bedeutet? Oder hast du das alles schon wieder vergessen? Kennst du nicht mehr die Männer, die diese Geßlerstange dir errichteten? Sie vor dir hertrugen?

Jetzt soll deine Liebe die Wunden heilen, die das Leid dir geschlagen, deine Kraft neue Werte schaffen. Erkennst du die Mission, die dir übertragen? Haß und Rache diktieren dir harte Opfer, und die Angst des Siegers fürchtet dich. Aber diese deine Lebenselemente wird er nicht unterjochen können. Sie werden hinüberschwingen und Widerhall finden, an dem dereinst auch ihre Geßlerpolitik zerschellen wird. Das wird einen anderen Fackelzug geben.

Rd. Koelsch: Das Erleben. Seit etwa anderthalb Jahrzehnten hat sich, besonders gefördert durch amerikanische Naturforscher, ein Zweig der Lebensforschung ausgebreitet, der berufen zu sein scheint, durch seine frische Unvoreingenommenheit, die keine Voraussetzungen kennt, sondern sich ohne Skrupel auf die bloße Beschreibung des Beobachteten beschränkt, die deutsche Art von Naturforschung auf das glücklichste zu ergänzen. Deutsche Naturforschung ist es, von einem philosophischen System auszugehen und nun aus der Natur gewissermaßen Belege für den von vornherein angenommenen Mechanismus oder Vitalismus oder wie die jeweils befolgte Theorie sonst heißen mag, zu suchen. Amerikanisch ist es, Tier und Pflanze, das Objekt selbst zum Erbauer der Theorie zu machen, indem man mit ihm experimentiert und mit den registrierten Antworten dann unser Weltbild kritisiert. Eine geschickte Popularisierung der so erhaltenen Resultate, zu denen dann die Ergebnisse der Forschung über das Innenleben der Pflanzen und der Vererbung und Periodizitätslehre kommen, bietet neuestens Ad. Koelsch in seinem Werk: Das Erleben (S. Fischers Verlag, Berlin 1919) und versucht, daraus eine Theorie des Lebens zu bauen, die gewissermaßen Expressionismus in der Biologie (mit dessen Ausdrucksweise auch der gewaltsam aufgeregte Stil der Darstellung liebäugelt) darstellen soll, aber in den Begriffen moderner Naturphilosophie längst sehr kritische Vertiefung und klareren Ausdruck gefunden hat. Dem Wissenschaftler wird nichts Neues gesagt, und denen, die Belehrung suchen, kann man durch solche Bücher leider nichts Positives geben.

Es ist schade, daß der Verfasser, der durch manches gute populäre Buch sich Verdienste um die Volksbildung erworben hat, seine bewährte Bahn verließ und sich auf die verschlungenen Wege eines Neo-Schellingianismus mit der ganzen mystisch-selbstbewußten Rhetorik, die dazu gehört, begibt. Sein „Erlebnis als einzig schöpferische Kraft" wiederholt nur mit anderem Anschauungsmaterial das, was eigentlich in Schellings Ideen zu einer Philosophie der Natur von 1797 bereits steht. Auch hier erscheint Natur als Doppelbild des Geistes, das der Geist (= das Erleben) selbst produziert, nur ist das bei Schelling mit unvergleichlich anderer philosophischer Bedachtsamkeit ausgeführt. Gewiß findet der Verfasser wieder einmal zurück zu seiner eigentlichen Domäne, der populären Schilderung heimischer Natur, und wird dann wieder den Erfolg finden, der ihm bei diesem Versuch leider versagt bleiben muß. R. F.

Hilfe für die Wissenschaft. Im Reichsministerium des Innern fand eine Besprechung über die Notlage der deutschen Wissenschaft statt, an der auch Vertreter der deutschen Akademien und der Vorsitzende der neu gegründeten Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft teilnahmen. Letztere hat dem Reich eine Denkschrift vorgelegt, in der die Bewilligung eines Reichszuschusses von 20 Millionen Mark als erforderlich nachgewiesen wird, um den drohenden Zusammenbruch der deutschen wissenschaftlichen Forschungsarbeit abzuwenden. Allseitig wurde die Notwendigkeit betont, daß das Reich hier miteingutreten habe.

Eine Zeitschrift für Filmreform. Nachdem durch den Krieg die verschiedenen Zeitschriften, die sich der Filmreform widmeten, vom Büchermarkt verschwunden sind, will jetzt die Monatsschrift „Film und Bühne" von neuem einen geistigen Sammelpunkt für die Filmreformbestrebungen schaffen. Vom 1. Juli ab wird sie auch das Organ der „Filmliga" sein, die sich in einer Beilage besonders der Pflege einer objektiven Filmkritik widmen will.

Theater. Im Deutschen Theater beginnen Sonnabend die Aufführungen der Komödie „Das Weib und der Hampelmann" mit Maria Orska als „Conchita" und Julius Gellenbörser als „Mateo". — In der am Sonnabend stattfindenden Erstaufführung von Ossenbachs „Prinzessin von Trapezunt" sind die Hauptrollen besetzt mit den Damen: Flint, Seebold, Uhe, Wall und den Herren: Heyer, Kandl, Ritsch, Steier. — Im Neuen Zentraltheater in der Kommandantenstraße wird am Sonnabend „Die Dame im Frack" erstaufgeführt.

Sommertheater. Im Schillertheater beginnt am 1. Juli die Sommerspielzeit mit der Erstaufführung des Lustspiels „Der ehemalige Leutnant" von Gustav Kadelburg und Heinz Gordon mit Hans Waßmann.

Ausstellung deutscher Einbandkunst. Im Lichthof des Berliner Kunstgewerbemuseums veranstaltet im Herbst der Jakob-Krauße-Bund, die Vereinigung deutscher Kunstbuchbinder, eine Ausstellung deutscher Einbandkunst.

Arbeiterschaft und Kirche.

Von Pfarrer Bleier, Charlottenburg.

An der Aussprache über dieses Thema, zu der der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 18. Mai auffordert, möchte ich mich beteiligen und aus meinen Erlebnissen mit der sozialistischen Arbeiterschaft etwas mitteilen.

Der Arbeiter, wie ich ihn kennen gelernt habe, ist tief religiös, denn in ihm lebt der Hunger nach Geist, nach Gerechtigkeit nach Liebe.

Daher sein Kampf gegen Kapitalismus und Militarismus, für Menschenfreiheit und Menschenfrieden. In diesen Kampf ist echter christlicher Geist sein Verbündeter. Denn für Jesus von Nazareth waren Mammon und Gott Gegensätze, die sich ausschlossen; seine Freunde, Fischer und Zöllner „Enterbte“, „Schwärmer“, „Utopisten“. — Aber sie glaubten mitten im imperialistischen Römerreich an das Reich Gottes, in dem Gerechtigkeit, Friede und Menschenliebe regieren. Deshalb hätten Christentum und Sozialismus Verbündete sein müssen, wenn die Kirche nicht Staatskirche gewesen wäre.

Deshalb ist gerade im Namen der reinen Religion zu fordern: Trennung von Staat und Kirche. Ist diese Trennung vollzogen, gibt es für die Sozialdemokratie einen Grund mehr, das Christentum zu bekämpfen, das Christentum nämlich, dessen Bekenner nichts als Christen sein wollen, die die Grundsätze in der Welt der Wirklichkeit betätigen wollen. Im Gegenteil, Christentum und Sozialismus müssen Freunde werden. Oder nicht? Kann ein moderner Sozialdemokrat, der wissenschaftlich gebildet ist, der auf dem Boden der modernen Weltanschauung steht, nicht Christ sein? Ja, wenn Christentum Orthodoxie ist, Festhalten am Dogma der alten Kirche, auf alle Fälle nicht. Wir modernen Pfarrer, die wir Gott erleben, in der Gegenwart, die wir die Bekenntnisse der Vergangenheit als für uns verpflichtend ablehnen, die wir die für fromm halten, die den Mut haben, Gott zu bekennen, so wie sie ihn sehen, die jeden Sucher, jeden ehrlichen Zweifler, jeden, der aus Gewissensgründen den Weg geht, den er gehen muß, als ihren Freund ansehen, als tief religiös, sehen in Wissenschaft und Religion Freunde. —

Denn das Wissen, die Erkenntnis sind Gottesgaben, und nicht die schlechtesten. Ich wüßte nicht, welches Hindernis es noch für einen Sozialisten geben könnte, uns religiöse Sozialisten zu unterstützen.

Ich beobachte deshalb auch, daß in meine öffentlichen Diskussionsvorträge und Gottesdienste in der Trinitatiskirche Sozialisten aller Parteirichtungen kommen, nicht nur solche, die äußerlich noch der Kirche angehören, sondern auch solche, die aus der Kirche ausgetreten sind, und zwar aus ganz Groß-Berlin. Wenn dem so ist, dann muß auch in der Sozialdemokratie Ernst gemacht werden mit dem Grundsatz: Religion ist Privatsache. — Ich meine, dann darf nicht mehr verlangt werden: Ihr müßt aus der Kirche austreten, wenn Ihr echte Sozialisten seid, sondern wenn Ihr als Sozialisten religiös seid, ist es Eure Pflicht, soweit Ihr in der Kirche seid, die Kirche zu reformieren im Geiste des Bundes religiöser Sozialisten.

Dasselbe gilt auch von der Schule. Es ist selbstverständlich, daß für einen Sozialisten nur die Einheitsschule möglich ist. Ebenso selbstverständlich ist es, daß in der Einheitsschule im obligatorischen Unterricht für den konfessionellen Religionsunterricht kein Platz ist. Was aber steht dem im Wege, so wie Adolf Hoffmann es beispielsweise auch in Steglitz vertreten hat, einen interkonfessionellen religionskundlichen Unterricht einzuführen, in dem die Jugend eingeführt wird in den Geist aller Religionen, aller Völker und aller Zeiten.

Wenn diese Forderung als klares sozialistisches Ziel aufgestellt würde, dürfte für viele Eltern, die am Religionsunterricht für ihre Kinder festhalten, die Wahl nicht schwer fallen, bei den Elternbeiratswahlen die sozialistische Liste zu wählen. Das öde Katechismuspauken und sinnlose Auswendiglernen von Liederweisen und Bibelsprüchen ist vielen Eltern schon längst unsympathisch. Aber gerade bei der durch den Krieg hervorgerufenen Verrohung der Jugend möchten sie nicht auf die ethischen Werte verzichten, die in einem guten Religionsunterricht liegen können. Ein solcher aber könnte gerade ein religionskundlicher werden in dem gezeigt wird, das Wissen allein macht nicht den Menschen frei, sondern der Charakter, der getragen ist von der Liebe zur Gemeinschaft des Volkes, der Menschheit.

Groß-Berlin

Auf Ferien in der Mark.

Die Verpflegung.

Morgens, wenn die Sonne eben über die Kiefernwipfel lugt, grüßt dich die Schinkenstulle. Im Plural, wohlverstanden! Denn mit einer ist's nicht abgetan. Dazu Milchkaffee mit Gerstengeschmack. Das dritte, kahle Butterbrot schiebst du verächtlich zurück und blickst von der Gasthofterrasse auf das arbeitende Dorf. Du bist zum Schlemmen hergekommen, zu Faulheit und Mast! Gegen elf verzehrst du unter Blaubeeren die oben verschmähten „kahlen Bolzen“. Picknick im Walde: wie köstlich! Die Kiefern rauschen den Takt dazu und Fink und Kuckuck und Pfingstvogel wiegen dich in sanfte Sentimentalität. Dein Magen schickt dich endlich heim. Fettnudeln mit Zimt und Zucker, Kasseler und Stachelbeeren besänftigen ihn. Vergebens sucht dein Auge nach der roten Zahl am Kalender. Nein, nein, sowas gibt's hier alle Tage. Nach einem Schläfchen hängst du deinen erhitzten Leib in die kühlen Fluten des nahen Sees. Ganz Freibad ohne Zellenschließer und Garderobenfrau. Ein Haselstrauch ist Ankleideraum für die wenigen Prüden. . .

Vesper: Himmel, die vier Omuletts sind alle dein? Gewiß, und nun den Schmachtriemen gelockert, denn es folgen die selbst gesammelten Pfefferlinge, die dir die Wirtin freundschaftlicher Weise mit Speck so knusprig aufgebraten . . . Her nun mit dem Angelzeug. Jetzt gehts ans Mühlenfließ. Viel fängst du zwar nicht, — dein magerer Köder ist Schuld — und wirfst großmütig die kleinen Biester wieder in ihr feuchtes Element zurück, aber Hunger hast du bekommen! — Speckscheiben mit Mostrichsoße, Kopfsalat und eine tiefe Tasse Milch belohnen dich für deine Geduld, vier Stunden — nichts gegessen zu haben . . . .

Die unfromme Helene.

Unfromm, weil dick und nicht mal zu Streichen aufgelegt. Unsere Stütze des Gasthofs. Nicht häßlich und erst dreiundzwanzig. Sehr zutraulich, nur nicht zu Staubwedel und Scheuertuch. Aber wenn des Abends das Orchestrion dröhnt, mit Kastagnettenbegleitung, dann fordert sie mit Vorliebe junge Männer zum Tanz! Und die Frauen kündigten empört die Pension . . .

Nebenbei raucht dieser Engel, auch beim Servieren, und sichert sich ausreichende Kost, indem er die nichtbewilligten Stullen in den Spinden der Stammgäste heimlich deponiert. Wird nicht satt, scheint's, und strebt dennoch in das magere Berlin zu „feinen Herrschaften“.

Die Bauernhochzeit.

Zwar dauert sie nicht mehr drei Tage und ladet auch nicht mehr das ganze Dorf zu Gast. Im Gegenteil: Die Küche wird streng bewacht und auch das heut so teure Bier fließt in Strömen nicht mehr. Aber deutungsreich ist noch immer der Gang zur Kirche. „Dreimal sprang ihr der Schnallenschuh auf,“ wispern die Zuschauer, „und an der Kirchhofsmauer verfing sich der Schleier“ . . . Da kehrt der Hochzeitszug zurück und nach kräftigem Mahl poltert das Piano, juchzt dudelnd die Flöte. Nun fliegen die Fähnchen der Jungen, rauschen protzig die Damastkleider der Aelteren. — „Ein Tanz für die Zuschauer!“ . . . Hei, da lösen sich von den Fenstern die plattgedrückten Nasen und den Jubel um das Brautpaar würzt die Note der Dankbarkeit.

Niemand schläft heute nacht, auch die Sommergäste nicht. Ein zungenfertiger Städter bringt ihre Glückwünsche dar. Spricht von der Verbrüderung von Stadt und Provinz und hofft im Stillen eine „Verbindung“ gekoppelt zu haben ums schweinerne Angedenken . . .

Der neue Bahnhof Friedrichstraße.

Verbesserungen für den Fern- und Stadtbahnverkehr.

Die Bauarbeiten zur Erweiterung des Bahnhofs Friedrichstraße nähern sich, wie man uns von zuständiger Seite mitteilt, in absehbarer Zeit ihrem Ende. Vorläufig zeugt davon nur der Brückenbogen, dessen Fertigstellung in den nächsten Tagen erfolgt. Die neue Bahnsteiganlage weist zu dem bisher gewohnten Bild noch keinen wesentlichen Fortschritt auf. — Nach langer Projektierung wurde mit den ersten Arbeiten im Jahre 1914 begonnen. Bei normalen Verhältnissen konnte eine Fertigstellung und die damit verbundene Inbetriebnahme 1916 durchgeführt werden. Infolge der großen durch den Krieg entstandenen technischen Schwierigkeiten, von denen ebenfalls die kurz vor dem Kriege begonnenen Arbeiten der Nord- Süd- und A.-E.-G.-Schnellbahn nicht verschont geblieben sind, mußten die Bauarbeiten auf drei Jahre eingestellt werden. Inzwischen ist der Kostenanschlag um das Acht- bis Zehnfache gesteigert worden. Weniger sprechen hier die Lohnerhöhungen mit, als die bedeutende Verteuerung der Rohmaterialien, die während des Krieges unter großen Schwierigkeiten aus dem Auslande beschafft werden mußten und inzwischen auf das Zwanzigfache des ursprünglichen Preises gestiegen sind. Nach Beendigung des Krieges wurden die Arbeiten wieder aufgenommen und es erfolgte die Einstellung neuer Arbeitskräfte in demselben Umfange wie vor dem Kriege.

Der neue Bahnsteig wird nach seiner Fertigstellung dem Stadt- und Ringbahnverkehr übergeben werden. Dafür wird der bisherige Stadtbahnsteig künftighin für den Fernverkehr dienlich gemacht. Der Bahnhof Friedrichstraße wird dann zwei Fernbahnsteige und einen Stadtbahnsteig aufweisen. Eine Erweiterung weiterer Bahnhöfe, die für den Fernverkehr in Betracht kommen, ist vorläufig nicht in Aussicht genommen, da bisher der Bahnhof Friedrichstraße das engste Schienennetz für den Fernverkehr hatte. Die Anbauung des neuen Bahnsteigs hat auch eine Erweiterung der Personenausgänge zur Folge. Es sind hier im ganzen vier Ausgänge vorgesehen, von denen zwei zur Friedrichstraße führen, während die beiden anderen wohl weniger in Benutzung kommenden Ausgänge auf das Reichstagsufer hinausgehen. Das neu entstandene Schienennetz beginnt erst kurz vor der Einfahrt an der Friedrichstraße und endet hinter der Bahnüberführung über die Spree. Besonders hervorzuheben ist der demnächst fertigwerdende Brückenbogen, der ein Meisterwerk der Ingenieurbaukunst darstellt.

Mehr Vertrauen den Sicherheitsorganen.

Zu der Betrachtung „Vor der Staatsoper erschossen“ in Nr. 305 unseres Blattes schreibt uns ein Auslandsdeutscher:

Die Ausführungen des Herrn R. K. sind im allgemeinen gewiß nur zu billigen, aber eine grundlegende Aenderung wird nur eintreten können, wenn das deutsche Publikum sein Verhalten den öffentlichen Schutzorganen gegenüber grundlegend ändert. Dem aus dem Ausland Kommenden fällt es auf, daß in fast allen Fällen das

---

64]

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Als das Heu unter Dach war, fing Eleseus an, sich zur Abreise zu rüsten. Er hatte dem Ingenieur geschrieben, er komme jetzt wieder, aber darauf die sonderbare Antwort erhalten, daß die Zeiten schlecht seien, man müsse sich einschränken, der Ingenieur könne den Posten nicht mehr besetzen und müsse von nun an alles selbst schreiben.

Das war doch eine verfluchte Sache! Aber wozu brauchte auch dieser Bezirksingenieur einen Schreiber? Damals, als er den kleinen Jungen Eleseus von seinem Elternhaus wegnahm, wollte er sich wohl als großer Mann in der Gegend zeigen, und wenn er ihn bis über die Konfirmation nährte und kleidete, so hatte er auch ein wenig Hilfe auf dem Bureau dafür gehabt. Jetzt war der Junge erwachsen, nun war es eine andere Sache.

„Aber,“ schrieb der Ingenieur, „wenn Du zurückkommst, so will ich tun, was ich kann, um Dich auf einem anderen Bureau unterzubringen, obgleich es wahrscheinlich schwierig sein wird. Es gibt so viele junge Leute, die diese Laufbahn einschlagen. Freundliche Grüße.“

Gewiß wollte Eleseus zurück in die Stadt, ja ganz zweifellos. Sollte er sich wegwerfen? Er wollte doch weiterkommen in der Welt. Und Eleseus sagte den Seinigen nichts von der veränderten Sachlage: das führte doch zu nichts, und außerdem war er etwas schlapp, also schwieg er. Das Leben auf Sellanraa wirkte wieder auf ihn, es war ein ruhmloses und alltägliches Dasein, aber es war ruhig und wirkte stumpfsinnig, da war niemand, vor dem er sich hätte haben, niemand, mit dem er sich hätte messen können. Das Stadtleben hatte sein Wesen gespalten, hatte ihn vornehmer gemacht als die andern, aber auch schwächer, er fühlte sich jetzt eigentlich überall heimatlos. Daß er wieder anfing, den Geruch des Rainfarn angenehm zu finden — was sollte das heißen! Aber es hatte doch keinen Sinn, wenn ein Bauernjunge, der abends seine Mutter die Kühe melken hörte, dabei auf folgende Gedanken kam: Jetzt wird gemolken, hör doch nur, es ist doch beinahe wunderbar anzuhören, es ist wie eine Art Lied, in lauter einzelnen Strahlen, ganz anders als die Hornmusik in der Stadt oder die Heilsarmee oder die Pfeife des Dampfschiffs. Der Milchstrahl, der in ein Gefäß rinnt . . .

Es war nicht Brauch in Sellanraa, seine Gefühle jetzt zu zeigen, und Eleseus fürchtete sich vor dem Augenblick des Abschieds. Er war jetzt gut ausgestattet, er sollte wieder einen Ballen Leinwand zu Unterzeug mitbekommen, und der Vater hatte Geld bereit gelegt, das Eleseus eingehändigt werden sollte, wenn er die Schwelle überschritt. Geld — konnte Isak wirklich Geld entbehren? Aber es ging nicht anders, Inger deutete ja an, daß es zum letztenmal sei. Eleseus werde in nächster Bälde aufrücken und für sich selbst sorgen. — „So,“ sagte Isak. — Die Stimmung wurde feierlich, im Hause wurde es still, alle hatten zum Abschiedsessen ein gekochtes Ei bekommen, und Sivert stand schon draußen, fertig gerüstet, mitzugehen und das Gepäck zu tragen. Eleseus konnte mit dem Abschied anfangen.

Er fing bei Leopoldine an. Ja, sie sagte ihm auch Lebewohl und machte das recht nett. Ebenso wiederholte die Magd Jensine, die eben Wolle kartätschte, seinen Abschiedsgruß. Aber beide Mädchen glotzten ihn ganz verflucht an, nur weil er vielleicht ein klein wenig rote Augen hatte. Er reichte seiner Mutter die Hand, und sie weinte natürlich laut auf und kümmerte sich den Henker darum, daß er das Weinen nicht leiden konnte. „Laß dir's gut gehen!“ schluchzte sie. Der Abschied vom Vater war der schlimmste, unbedingt, aus tausend Gründen: er war so abgearbeitet und so unendlich getreu, hatte die Kinder auf den Armen getragen, ihnen von Möwen und anderen Vögeln erzählt und von Tieren und allen Wundern des Feldes. Das war gar nicht lange her ein paar Jahre . . .

Der Vater steht am Fenster, dann dreht er sich plötzlich um, ergreift die Hand des Sohnes und sagt laut und ärgerlich: „Ja, ja, leb wohl!“ Ich sehe, das neue Pferd hat sich dort losgerissen!“ Und hinaus läuft er und rennt davon. Ach, und er hatte sich ja selbst kurz vorher hingeschlichen und das Pferd losgebunden, und das wußte der Spitzbube Sivert recht gut, der draußen stand und dem Vater lächelnd nachschaute. Und außerdem war ja das Pferd auf der Nachmahd.

Dann war Eleseus fertig.

Doch da kam ihm die Mutter auf die Türschwelle nach, schluchzte noch mehr und sagte: „Gott sei mit dir!“ und drückte ihm etwas in die Hand. „Dies hier — und du sollst ihm nicht danken, das mag er nicht. Und schreib auch fleißig!“

Zweihundert Kronen.

Eleseus sah hinüber. Der Vater strengte sich ungeheuer an, einen Täderpflock in die Erde zu schlagen, was ihm anscheinend gar nicht gelingen wollte, obgleich es doch weicher Wiesengrund war.

Die Brüder schritten fleißig auf, sie kamen nach Maaneland, da stand Barbro auf der Schwelle und lud sie ins Haus ein. „Gehst du wieder fort, Eleseus? Ei, dann mußt du hereinkommen und wenigstens eine Tasse Kaffee trinken.“

Sie gehen in die Gamme, und Eleseus ist nicht mehr verrückt vor Liebe und will zum Fenster hinausspringen oder Gift nehmen, nein, er legt seinen hellen Ueberrock über die Knie und sorgt dafür, daß das silberne Schild obenhin zu liegen kommt, danach fährt er sich mit dem Taschentuch übers Haar, dann macht er die sehr feine Bemerkung: „Ein klassisches Wetter heute!“

Barbro hat auch nicht die Fassung verloren, sie spielt mit ihrem silbernen Ring an der einen Hand und mit dem goldenen an der andern — ja, sie hatte wahrhaftig jetzt auch den goldenen Ring bekommen — und sie hat eine Schürze an, die vom Hals bis zu den Füßen geht, so sieht man ihr wenigstens ihre Rundlichkeit nicht an. Und nachdem sie den Kaffee gekocht hat und während die Gäste ihn trinken, näht sie erst ein bischen an einem weißen Tuch und häkelt dann ein bischen an einem Kragen und betreibt allerlei mädchenhafte Arbeiten. Barbro ist nicht in Verlegenheit über den Besuch, und das ist gut, dadurch wird der Ton natürlich, und Eleseus kann wieder so obenhin und einnehmend tun.

„Wo ist denn Axel?“ fragt Sivert.

„Wo er ist? Irgendwo,“ antwortet Barbro und richtet sich auf. „Ja, jetzt kommst du wohl nie wieder heim aufs Land?“ fragt sie Eleseus. — „Das ist höchst unwahrscheinlich,“ erwidert er. — „Hier ist nicht der rechte Ort für jemand, der an die Stadt gewöhnt ist. Ich wär' froh, wenn ich mit dir reisen könnte.“ — „Ach, das ist dir nicht ernst.“ — „Nicht, meinst du? O, ich hab es erfahren, wie es ist, wenn man in der Stadt wohnt, und wie es auf dem Lande ist. Ich bin in größeren Städten gewesen als du. Da ist es kein Wunder, wenn es mir hier nicht gefällt.“ — „Gewiß, so hab ich es nicht gemeint, du bist ja sogar in Bergen gewesen,“ beeilte er sich zu sagen. Es war ja schrecklich, wie hochfahrend sie war! — „Ja, wenn ich die Zeitung nicht hätte, so liefe ich sofort davon,“ sagte Barbro. — „Aber der Axel und alles miteinander, das hab ich gemeint.“ — „Ach, der Axel, das ginge mich nichts an. Und du selbst, hast du nicht vielleicht jemand in der Stadt, der auf dich wartet?“ — Nun konnte Eleseus nicht anders, er mußte sich ein wenig aufspielen, er kniff die Augen zu und ließ so sachte durchblicken, daß er allerdings doch vielleicht jemand in der Stadt habe, der auf ihn warte. Ach ja, aber er hätte das alles noch ganz anders ausnützen können, wenn Sivert nicht dabeigesessen hätte, so konnte er nur sagen: „Ach, Unsinn!“ — „Na,“ sagte sie verletzt, und es war eigentlich eine Schande, wie übellaunig sie war: „Unsinn! Ja, du kannst von den Leuten auf Maaneland nicht mehr erwarten, wir sind nicht so großartig.“

(Forts. folgt.)

deutsche Publikum, besonders der Berliner, im Gegensatz zu dem anderer Länder, auch wenn sich das Sicherheitsorgan noch so angemessen benimmt, ohne weiteres gegen dieses Partei ergreift. Man komme nicht damit, daß eben bei uns die ausübenden Organe viel minderwertiger seien, als anderswo; die Zahl der Ueber- und Mißgriffe der Polizei ist auch anderswo Legion, ohne daß das Publikum sich deswegen prinzipiell gegen die Polizei stellt. In dem Lande des freiesten Wahlrechts der Welt muß ein jeder sich bewußt werden, daß er mehr als irgend woanders Mitträger der Staatsgewalt ist und daß er als solcher zunächst einmal auf seiten der ausübenden Organe dieser Staatsgewalt zu stehen hat, soweit sie ordnungsmäßig ihren Dienst versehen. Das Bewußtsein einer derartigen prinzipiellen Haltung des Publikums wird dem Schutzmann ein ganz anderes Gefühl der Sicherheit und Ruhe geben, als wenn er sich sagen muß, daß seine Tätigkeit ohne weiteres „von einer sensationslüsternen Menge" sabotiert wird, und damit wird in vielen Fällen einer der Gründe für überflüssige nervöse Schießereien bereits wegefallen sein. Dann werden auch etwaige Ausstellungen des Publikums einen ganz anderen Eindruck machen und eine ganz andere Wirkung hervorrufen, als sie es jetzt zu tun imstande sind.

Wir können uns diesen Ausführungen nur anschließen, glauben aber, daß das Gefühl für den einzelnen, auch „Mitträger der Staatsgewalt" zu sein, sich von selbst einstellen wird, sobald geordnetere Verhältnisse den falschen und verderblichen Glauben zerstören, daß die Sicherheitsorgane Mittel einer Clique seien.

„Gegen die Wohnungsnot und für die Sozialisierung" erläßt der Deutsche Bauarbeiterverband einen Aufruf an die Bauhandwerker, Mieter, Siedler und Kleingärtner zur Teilnahme an Demonstrationsversammlungen am 1. Juli. Die Versammlungen sollen Stellung nehmen gegen Wohnungselend und Wohnungsnot, gegen Baustoffnot und Baustoffwucher, gegen die drohende Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter und für die Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens.

Erhöhung des Strafbetrages bei der Straßenbahn. Vom 1. Juli ab wird mit Zustimmung der Aufsichtsbehörden der Strafbetrag, den zahlungspflichtige Fahrgäste zu entrichten haben, die sich auf die Frage des Schaffners, ob noch jemand ohne Fahrschein ist, nicht melden, von 1 Mark auf 3 Mark erhöht. Auch gilt von diesem Tage an die Bestimmung, daß die Fahrgäste das Fahrgeld abgezählt bereit zu halten haben. Wie sich die Straßenbahn die Ausführung dieser letzten Bestimmung unter dem zurzeit herrschenden Kleingeldmangel vorstellt, weiß sie wohl selbst nicht.

Fahrpreisermäßigung für Jugendvereine. Eine Wiedereinführung der Fahrpreisermäßigung für Fahrten zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken und zugunsten der Jugendpflege soll erfolgen. Die Fahrpreisermäßigung beträgt 50 Prozent und wird den Schülern und Lehrern in der dritten Wagenklasse gewährt. Die Wiedereinführung gilt, soweit sie sich auf die Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege bezieht, auch für den Verkehr auf der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn, wo also neben den Schulen nun auch wieder Vereine für die jugendlichen Mitglieder eine Fahrpreiserleichterung bei Ausflügen usw. beantragen können. Jugendliche im Sinne des Tarifes sind alle Personen unter 20 Jahren. Damit ist ein großes Hindernis für die Fortentwicklung der Jugendpflege und Jugendbewegung gefallen. Die unerhört hohen Fahrpreise trugen immer mehr und mehr dazu bei, daß das Wandern zurückging und in ganz ungesunde Formen gedrängt wurde. Gerade die Arbeiterjugend war seit der Aufhebung der Fahrpreisermäßigung der leidende Teil. Das wird nun hoffentlich wieder besser werden.

Die Angestellten der Reichs- und Staatsministerien fordern eine Wirtschaftsbeihilfe von 1200 M. für Verheiratete und 1000 Mark für Ledige, da sie trotz dem neuen Reichstarif infolge der erhöhten Steuer- und Krankenkassenabzüge vielfach schlechter stehen als vor dem Reichstarif. Die Versammlung aller ihrer Betriebsräte am heutigen Freitag, 7½ Uhr, Behrenstr. 21, Saal 75, soll auch eine Geschäftsordnung dieser Betriebsräte festlegen.

Zur Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen! Für die am 11. Juli in Ost- und Westpreußen stattfindende Abstimmung stellt auch der Norddeutsche Lloyd seine Seebäderdampfer mit Ausnahme der Dampfer „Delphin" und „Lachs" zur Verfügung. Die Schiffe fahren in der Zeit vom 1. bis 23. Juli zwischen Swinemünde, Stolpmünde und Pillau. Infolgedessen können die Nordseebäderfahrten über Bremerhaven nach Helgoland und Norderney mit Dampfer „Najade" nicht, wie beabsichtigt, am 27. und 29. Juni, sondern erst am 29. Juli beginnen. Aus dem gleichen Grunde muß auch die regelmäßige Passagierfahrt Swinemünde-Danzig des Dampfers „Grüß Gott" für die Zeit vom 2. bis 22. Juli eingestellt werden. Der „Grüß Gott" wird nach Beendigung der Abstimmungsfahrten erstmalig am 24. Juli wieder von Swinemünde nach Danzig fahren. Die Fahrten nach Wangeroog werden unverändert durchgeführt.

Eine öffentliche Pensionärversammlung findet am 28. Juni, abends 6 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18, statt. In der Versammlung, die vom Zentralverband der pensionierten deutschen Reichs-, Staats-, Gemeindebeamten und Lehrer veranstaltet wird, soll Bericht über die Beratungen und Beschlüsse des Delegiertentages erstattet werden, zugleich sollen die Lage und die Wünsche der Ruhestandsbeamten und Beamtenhinterbliebenen Deutschlands zur Besprechung gelangen.

Verband sozialistischer Lehrer. Heute abend 6 Uhr Vollsitzung Hinter der Garnisonkirche.

Ueber „Weltfriedensbewegung" spricht Genosse Pastor Francke heute abend 8 Uhr in einer öffentlichen Versammlung der Jungsozialistischen Vereinigung, Ortsgruppe Lichterfelde, in der Aula der Oberrealschule, Ringstr. 3. — Jedermann ist herzlich willkommen.

Maßnahmen gegen die Wohnungsnot. Der Wilmersdorfer Magistrat will auf dem Terrain zwischen der Aßmannshausener, Homburger und Johannisberger Straße 66 Wohnhäuser errichten lassen, die an Siedler veräußert werden sollen. Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen, in der für diese Siedlungsbauten ein Ueberteuerungszuschuß von je 5000 M. für jedes Zimmer gefordert wird. Mit dem Bau der Häuser, die dem Erwerber etwa je 100000 M. kosten werden, soll erst begonnen werden, wenn die Kauflustigen eine entsprechende Sicherheit gestellt haben. Weiter plant der Magistrat die Fertigstellung der schon vor dem Kriege begonnenen Hochbauten zwischen der Spessart- und Burgunder Straße, sowie des Hochbaues in der Katharinenstraße 7. Die für diesen Zweck erforderlichen Gelände der Stadt sollen zum Preise von 800 M. für die Quadratrute verkauft werden, wozu die Genehmigung der Stadtverordneten erbeten wird. — Auch das auf dem städtischen Gelände in der Mecklenburgischen Straße zu errichtende Bureaugebäude wird die nächste Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung beschäftigen. In einer Vorlage ersucht der Magistrat um die Genehmigung, das Gelände der Heimstättensiedlung Berlin-Wilmersdorf für 80 Jahre in Erbpacht zu geben. Da in dem Bureaubause mindestens 800 Bureauräume enthalten sein werden, so würde bei voller Benutzung des Gebäudes eine nicht unerhebliche Zahl von Wohngelegenheiten frei werden. Der Heimstättensiedlung soll auch das städtische Terrain zwischen der Detmolder, Koblenzer und Saalfelder Straße sowie das Grundstück zwischen Wilhelmsaue, Mannheimer Straße und Seepark zur Errichtung von Flachbauten für 60 Jahre erbpachtweise überlassen werden. Auf dem Gelände sollen 20 Häuser in einfachster Ausführung mit je drei Räumen erbaut werden. Die Häuser sollen von ungefähr 800 Quadratmetern Gartenland umgeben sein. Der kaum noch aufzubringende Ueberteuerungszuschuß soll dadurch hereingebracht werden, daß die Siedler selbst Hand anlegen.

Stadtverordnetenversammlung.

Der Ausbau der Anschaffungsämter. — Um die Arbeiterräte. — Die Neuregelung der Besoldungsordnung.

Auch heute ist die Zuhörertribüne lange vor Beginn der Sitzung überfüllt und der Zugang gesperrt. — Ein Dringlichkeitsantrag der beiden sozialistischen Fraktionen, den Magistrat zu ersuchen, aufs schleunigste mit der Versammlung in gemischter Deputation über Maßregeln zu beraten, welche der eingetretenen Arbeitslosigkeit zu steuern geeignet sind, wird ohne Widerspruch zu finden und ohne jede Erörterung zum Beschluß erhoben.

Zur Verhandlung steht zunächst der Antrag der U. Soz. wegen Ausbaues der Anschaffungsämter, den Kraaz begründet. Gegen die Forderung der Uebernahme der Ausführung der städtischerseits zu vergebenden Arbeiten in städtische Regie wendet sich Rosenthal (Dem.) mit großer Entschiedenheit; er bestreitet, daß die Stadt billiger arbeiten könne als die Privaten, verweist auf die mit der Straßenbahn gemachten üblen Erfahrungen und hofft, daß sich eine einsichtige Mehrheit gegen diesen Antrag zusammenfinden wird. — Auch Linke (Vg. Vgg.), der dem Ausbau der Aemter freundlich gegenübersteht, warnt im Interesse des „bodenständigen" Gewerbe- und Handelsstandes vor der Ausdehnung der Regiearbeiten und vor jeder Kommunalisierung überhaupt. Aehnlich Rettig (Dem.). Dagegen teilt Wildegans (Soz.) bezüglich der städtischen Regie den Standpunkt des Unabhängigen Dr. Hilferding, daß auch auf diesem Gebiete

Planwirtschaft

betrieben werden müsse, daß die eigene Regie da am Platze ist, wo die Allgemeinheit einen Vorteil davon hat. Cassel (Dem.) verwirft den Antrag, der in seinen Konsequenzen zur Verschleuderung der städtischen Mittel und zur Auspowerung Berlins führen müsse.

Der Antrag wird mit den Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen angenommen.

Die städtische Darlehnskasse für Beamte usw. wollen die Mitglieder der Vg. Vgg. auch für Siedelungszwecke, die Demokraten auch für die Einrichtung von Kleingarten- und Laubengelände nutzbar machen. Eine Vorlage des Magistrats bezweckt eine Ergänzung des Statuts der Darlehnskasse, wonach sie auch an Hilfskräfte (Angestellte und Arbeiter) unter gewissen Voraussetzungen Darlehen gewähren kann. — Nach längerer Erörterung wird für diese Fragen ein Ausschuß eingesetzt. — Ein Antrag der Demokraten auf beschleunigte Begleichung der Rechnungen der Handwerker, Gewerbetreibenden und Lieferanten gelangt einstimmig zur Annahme.

Es folgt der Antrag der Vg. Vgg.: „Die Versammlung wolle beschließen, dem Magistrat nachstehende Anfragen zur schleunigen Beantwortung zu unterbreiten: (Folgen 4 Gruppen von Anfragen, die sich auf die 187 in den städtischen Verwaltungen tätigen Betriebsräte, auf die Arbeiterräte, auf den Zentralen Ausschuß der Magistratshilfskräfte und auf den Arbeiterrat der Arbeitslosen beziehen und die Zahl der Dienstbefreiungen, die Höhe der Vertretungskosten, die personellen und sächlichen Kosten der Verwaltung für diese Betriebsräte usw. betreffen.)

Der Oberbürgermeister legt gegen die ungewöhnliche Form des Antrags, in die diese enorme Anzahl von Anfragen gekleidet sei, Verwahrung ein. Geschäftsordnungsmäßig stehe es beim Magistrat, den Termin der Beantwortung zu bestimmen. Werde die jetzt von den Antragstellern beliebte Form gewählt, so bitte der Magistrat, ihm die Fragen mitzuteilen, er ziehe dann die schriftliche Beantwortung vor.

Zur Begründung des Antrags hält Stv. Pfarrer Koch eine lange Rede, die den Hauptnachdruck darauf legt, daß die Kosten für diese Einrichtungen von den Steuerzahlern getragen werden müssen, daß speziell den Mitgliedern des Arbeiterrats der Arbeitslosen außer der Arbeitslosenunterstützung höchst splendide Tagegelder gewährt werden, daß dabei auch zwei arbeitslose Stadtverordnete in Betracht kommen. Als besonders gravierend erscheint es ihm, daß die Betriebsräte in den Diensträumen und in den Dienststunden auch Politik getrieben haben. Die städtische Beamtenschaft scheine bis zu sehr hohen Stellen hinauf unter einem gewissen Terror dieser Arbeiterräte zu stehen. Entgegen ihrer im Gesetz festgelegten Aufgabe, mit für die Produktivität der Betriebe zu sorgen, hätten die Betriebsräte zur Verminderung der Produktivität der Berliner Stadtbetriebe beigetragen. Die Existenz der Arbeiterräte verstoße überdies an sich seit dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes gegen das Gesetz. (Gegen die wiederholten Kundgebungen der Tribüne während dieses Vortrags sieht sich der Vorsteher-Stellvertreter Bruns zu mehrfachen Verwarnungen genötigt.)

Stadtrat Franz stellt fest, daß der Magistrat politische Uebergriffe gerügt und verhindert hat. Im übrigen verwechsle Herr Koch die früheren Arbeiterräte mit denen, die nach dem Betriebsrätegesetz in den betreffenden Betrieben neben den Angestelltenräten bestehen.

Dittmer (Soz.): Das von Koch vorgetragene Material ist mehr als dürftig. Sind wirklich hier und da Mißstände vorhanden oder vorhanden gewesen, so sind gerade die Herren rechts die Allerunberufensten, sich zu Richtern aufzuwerfen. Die Anfragen tragen ihren

parteitendenziösen Charakter

an der Stirn.

Cassel wird mit seinen Freunden für den Antrag stimmen, da sie eine Aufklärung durchaus nicht verhindern wollen; sie machen sich aber damit nicht etwa die Begründung zu eigen. Protest erhebt er dagegen, daß die Stadt gezwungen ist, an städtische Arbeiter Lohn zu zahlen, die in den Kapp-Putsch-Tagen in lebenswichtigen Betrieben trotz des proklamierten Generalstreiks gearbeitet haben, dafür von den Betriebsräten ausgesperrt worden sind und jetzt spazieren gehen; das sei eine Schmach für die städtische Verwaltung! (Große Unruhe.)

Leid (U. Soz.): In dem Antrag und seiner Begründung kommt nur der infernalische Haß der Reaktionäre gegen die Arbeiterschaft zum Ausdruck. Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterräte hat, ebenso wie der Arbeitslosenrat, auf die Anzapfungen ausführlich erwidert. Herr Koch mißt mit zweierlei Maß. Von einem „Schreckensregiment" der Arbeiterräte in Berlin, wie es Herr Cassel nannte, kann im Ernst nicht die Rede sein. Wir sprechen den Arbeiterräten unser Vertrauen dadurch aus, daß wir den Antrag ablehnen.

Koch verzichtet auf das Schlußwort. (Hört, hört!)

Der Antrag fällt, da beide sozialistischen Fraktionen dagegen stimmen.

Die Erhöhung der Tagesätze für die Verpflegung in den städtischen Heimstätten von 3 auf 5 M. bzw. für Kinder von 2,50 auf 4 M. wird gegen die U. Soz. beschlossen.

Für die vom Magistrat vorgeschlagene weitere Erhöhung des Wasserpreises auf 70 Pf. wird ein Ausschuß niedergesetzt. Der Bau eines zweiten Krematoriums in der Diestelmeyer- und Matthiasstraße wird genehmigt.

Die Neuregelung der Besoldung

der städtischen Beamten und Festangestellten sowie der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge wird entgegen einem Antrag der Demokraten auf Ausschußberatung gemäß einem Antrage der vier anderen Fraktionen mit geringen Modifikationen nach der Magistratsvorlage beschlossen.

Bei der Vorlage wegen Erhöhung der Kanalisationsgebühr auf 8 Proz. nimmt sich Cassel neuerdings der überbürdeten Hausbesitzer an. Auch Fuhrmann (Dem.) erklärt diesen Stand als durch die ungerechte Steuerpolitik schon fast völlig ruiniert.

Die Erhöhung wird beschlossen.

Um 10 Uhr dauert die Sitzung fort. Zur Beratung steht u. a. noch die Erhöhung des Gaspreises auf 1,25 M. für den Kubikmeter,

Allgemeine Funktionärkonferenz der S.P.D.

heute abend 6 Uhr, im Patzenhofer-Ausschank (Bockbrauerei), Fidicinstr. 2/3.

Tagesordnung:

Die neue Regierung und unsere Partei.

Referenten: **Eduard Bernstein** und **Hugo Heimann.**

Die Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute, Angestellten und Beamtenvertreter werden ersucht, vollzählig anwesend zu sein.

Mitgliedsbuch und Ausweiskarte legitimiert.

Der Bezirksvorstand.

Aus aller Welt.

In die Fremdenlegion! In Metz kommen fast alltäglich Transporte junger Deutscher an, die sich für die Fremdenlegion haben anwerben lassen. Sie reisen unter militärischer Begleitung nach Marseille und werden von dort nach Algier zu den Stammregimentern verfrachtet.

Kirschenverkauf in Wien. Kaum fünf Minuten war der Korb mit schwarzen frischgepflückten Kirschen und dem Zettel „ein halbes Kilogramm 7 Kronen" vor der Tür des kleinen Ladens gestanden, da hatten sich auch schon so viele Leute angesammelt, daß sie den Gehsteig versperrten, und die eiligen Vorübergehenden fluchten und schalten, daß es nur so eine Art hatte. Aber die Angestellten focht das wenig an. Sie ordneten sich wohl in „Zweierreihen", aber das geschah nur, um den Frieden untereinander zu erhalten. Besonders kriegerisch war das Kirschenpublikum übrigens nicht gestimmt. Auf jedem Gesicht lag ein Hauch von Freude über den ersten Sommergruß, der da winkte. Jede Hausfrau überlegte, ob es Kirschenknödel, ein Kuchen oder gar ein Strudel werden sollte, und jede lächelte, wenn sie an die entzückten Gesichter daheim dachte, die die Ueberraschung hervorrufen würde. Eine alte Polin erzählt von der Kirschensuppe ihrer Heimat „mit viel dickem Rahm und Zucker", Kochrezepte werden ausgetauscht, gerühmt, kritisiert, zwei blutjunge Mädchen, offenbar Lehrmädchen, beraten lange miteinander, ob „es geht oder nicht geht". Schließlich traut die eine davon, um „Sukkurs" zu holen. Wahrscheinlich macht sie eine Anleihe bei einer dritten, während die Kameradin „Platz hält". Denn schon ist die Hälfte des Korbes geleert, schon werden die Hintenstehenden unruhig, recken die Hälse und fragen, ob man nicht nur ein Viertelkilo ausgeben sollte, damit auf „jed's was kommt". Dieser Meinung sind die vorn natürlich durchaus nicht, vertreten vielmehr den Standpunkt, daß dann „keiner nix hätt". Rechts und links vom Korbe stehen zwei kleine Buben — sie weichen und wanken nicht. Allen sind sie im Weg, jeder, der ins Geschäft will, stolpert über sie, aber sie bleiben. Hie und da fällt ja doch eine Kirsche zur Erde, und so schnell ist der Blitz nicht, wie die Buben über sie herfallen. Niemand bringt es über sich, die beiden wegzuweisen, und bis der Korb leer ist, haben sie so schwarze Zähne und verschmierte Mäulchen, wie es sich zur Kirschenzeit für Kinder gebührt. Rückkehr normaler Verhältnisse!

(Arbeiter-Zeitung.)

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 25. Juni:

38., 40. und 41. Abt. Der Frauenabend fällt heute aus.

Jugendveranstaltungen.

Heute ½8 Uhr:

Charlottenburg. Jugendheim, Rosinenstr. 4. Vortrag: Werdegang der Flugzeugtechnik. — **Moabit.** Jugendheim, Waldenser Str. 20 (Schule). Vortrag: Die Parteien im neuen Reichstag. — **Neukölln-Süd.** Jugendheim, Rogatstr. 53. Diskussionsabend: Die deutsche Reichsverfassung. — **Osten.** Jugendheim, Straßmannstr. 6: Mädchenabend. — **Osten-Stralauer Viertel.** Jugendheim, Straßmannstraße 6: Mädchenabend. — **Reinickendorf-Ost.** Jugendheim, Seebad (Residenzstraße, Ecke Pankower Allee). Vortrag: Religion und Aberglaube. — **Rosenthal.** Jugendheim, Gemeindeschule Kastanienallee: Mädchenabend. — **Süden.** Jugendheim, Blumstr. 10 (Jugendklubzimmer). Vortrag: Sexuelle Hygiene. — **Treptow-Baumschulenweg.** Jugendheim, Elsenstr. 3. Lesebend: Der Wert der Kunst für die arbeitende Jugend. — **Weißensee.** Jugendheim, Berlinerpromenade 1. Vortrag: Die Bedeutung der Sonnenwende.

Auf zur Sonnenwende!

Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, nur noch eine Nacht und ein Tag trennt uns von der Sommersonnenwendfeier. Sorgt dafür, daß auch diese Veranstaltung eine gewaltige Kundgebung der arbeitenden Jugend werde, kommt zahlreich mit uns hinaus nach dem Wernsdorfer See. In Groß-Berlin treffen sich die Abteilungen am Sonnabend abend an folgenden Punkten: **Bernau:** ½5 Uhr am Bahnhof. **Borkswalde:** 5 Uhr Restaurant „Heider". **Britz:** ½5 Uhr Chausseestraße, Ecke Germaniastraße. **Cöpenick:** 5 Uhr Schloßplatz. **Erkner:** 8 Uhr Jugendheim (Adlerstraße). **Friedrichshagen:** 6 Uhr Bahnhof. **Gesundbrunnen:** 6 Uhr Bhf. Gesundbrunnen, Eingang Badstraße. **Gr.-Lichterfelde:** ½7 Uhr Bhf. -West. **Hermsdorf:** 4 Uhr am Bahnhof. **Kaulsdorf:** ½8 Uhr am Bahnhof. **Königswusterhausen:** ½8 Uhr am Bahnhof. **Lankwitz:** 7 Uhr am Bahnhof. **Lichtenberg.** ½8 Uhr Stralau-Rummelsburg (Normaluhr). **Mahlsdorf:** ½8 Uhr Bahnhof Kaulsdorf. **Marienborf:** ½7 Uhr am Bahnhof. **Marienfelde:** ½7 Uhr am Bahnhof. **Moabit:** 6 Uhr Strom-, Ecke Turmstraße. **Neuenhagen:** ½8 Uhr am Bahnhof Kaulsdorf. **Neukölln:** 6 Uhr Hermannplatz. **Niederschönhausen:** 5 Uhr Friedensplatz. **Niederschöneweide:** 6 Uhr Bahnhof, Eing. Brückenstraße. **Nord-Ost:** ½7 Uhr Alexanderplatz (Berolina). **Osten:** 7 Uhr Küstriner Platz. **Osten-Stralauer Viertel:** ½7 Uhr Rudolfplatz. **Pankow:** 6 Uhr Breite Str., Kirche. **Petershagen-Fredersdorf:** ½8 Uhr Bahnhof Kaulsdorf. **Prenzlauer Vorstadt:** ½7 Uhr Danziger-, Ecke Weißenburger Straße. **Reinickendorf-Ost:** ½5 Uhr am Seebad. **Reinickendorf-West:** ½7 Uhr am Jugendheim. **Rosenthal:** 5 Uhr am Bahnhof. **Rosenthaler Vorstadt:** 6 Uhr Rosenthaler Platz (Normaluhr). **Schmargendorf:** ½6 Uhr Untergrundbahnhof, Heidelberger Platz. **Schöneberg:** 6 Uhr am Kaiser-Wilhelm-Platz. **Schönhauser Vorstadt I:** ½7 Uhr Bahnhof Schönhauser Allee. **Schönhauser Vorstadt II:** ½7 Uhr Bahnhof Schönhauser Allee. **Spandau:** ½6 Uhr Marktplatz. **Süden:** 6 Uhr Görlitzer Bahnhof. **Südosten:** 6 Uhr Erfrischungshalle am Spreewaldzelt. **Südwesten:** 7 Uhr Blücherplatz (Normaluhr). **Staaken:** ½6 Uhr am Bahnhof. **Steglitz-Friedenau:** ½7 Uhr Bornstraße Ecke Kolonnenallee. **Tegel:** 6 Uhr am Bahnhof. **Tempelhof:** ½7 Uhr Bahnhof Tempelhof. **Treptow-Baumschulenweg:** 7 Uhr am Bahnhof. **Wedding:** 5 Uhr Nettelbeckplatz (Normaluhr). **Weißensee:** ½6 Uhr Antonplatz. **Wilden:** ½7 Uhr am Bahnhof. **Wilmersdorf:** ½7 Uhr Untergrundbahnhof Hohenzollernplatz, Eingang Uhlandstraße.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage lege man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Gültige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, I. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Belege sind mitzubringen.

B. R. 50. 1. Nein. 2. Ja, vom 1. Mai ab. — **K. W. 15.** Wenn die Vertragsdauer abgelaufen ist, so kann Ihr Sohn die Arbeitsstelle ohne weiteres verlassen. Evt. wenden Sie sich an den Amtsvorsteher bzw. Landrat. — **K. 35.** 1. Nein, im Falle des Todes Ihrer Frau wird sie aber von ihren Kindern beerbt. 2. Keine. — **G. G. 100.** Innerhalb zweier Jahre müssen mindestens für 20 Beitragswochen Beiträge entrichtet werden. — **20 Proz.** Vorläufig überhaupt nicht. Es muß zunächst eine höhere Miete vereinbart werden. — **J. A. 1883.** Kommen Sie in die juristische Sprechstunde, oder wiederholen Sie Ihre Frage unter genauer Angabe des Sachverhalts. — **P. W. 38.** 1. Ja. 2. Beim Tschechoslowakischen Konsulat, Oranienburger Straße 67. — **R. S. 99.** 1 und 3. Ja. 2. Unbestimmt

Die Beamtin als uneheliche Mutter.

Von Ilka Schütze, Telegraphengehilfin a. D.

Da mir die Zeitung unseres Verbandes, in dem die auf dem kürzlich in Hamburg abgehaltenen Verbandstage gefaßte Entschließung über „die Entlassung der unehelichen Mutter aus dem Dienst in jedem Falle" schriftlich niedergelegt ist, nicht zuging, wurde ich erst durch den mir von einem Bekannten zugesandten Artikel des Abgeordneten Steinkopf auf diese aufmerksam.

Ist es denn wirklich möglich, daß Frauen (230 an der Zahl) über den von einer Hamburger Kollegin „für Belassung der unehelichen Mutter im Dienst" eingebrachten Antrag für 3100 ihrer Mitschwestern mit „Nein" zu entscheiden wagten?! — Eine fühlende und denkende Frau empfindet es als Schmach, daß ein Mann öffentlich für die heiligsten Rechte des weiblichen Geschlechtes eintreten muß!

Ich war 15 Jahre im Dienst und habe in den vielen Versammlungen, die ich besuchte (denn ich gehöre dem Berliner Verein des Verbandes seit seiner Gründung an, war auch jahrelang im Vorstand), soviel vom Kampf für die sozialen Rechte der Frau, soviel von Solidarität gehört, daß diese Entschließung mein Vertrauen zu dem Verband vollständig erschüttert hat. — Einem Verband, der — milde gesagt — so leichtfertig und in vollständiger Verkennung der Moralbegriffe über „Sein oder Nichtsein" von Menschen von der Höhe einer eigenen, vorgetäuschten Sondermoral aus aburteilt, kann ich nicht mehr als Mitglied angehören.

Bedenket Ihr nicht, Ihr ehemaligen Kolleginnen, daß Ihr mit einer solchen Entschließung eine Mutter mit ihrem Kinde dem sozialen Elend preisgebt, sie eventuell erst der Unmoral oder gar der Prostitution in die Arme treibt?! Seid Ihr wirklich so naiv oder so pharisäerhaft, zu behaupten, daß an einer jeden außerehelichen Mutter ein „Makel" haftet? Ist nicht vielmehr jede Frau, die ein Kind zur Welt bringt, noch nicht von der Unsittlichkeit und von dem moralischen Niedergange, den die Kriegszeit mit sich gebracht hat, angesteckt, und gibt es nicht auch Frauen, die in reiferen Jahren aus hohen sittlichen Gründen Mutter eines außerehelichen Kindes werden wollen? Und auch über sie wollt Ihr den Stab brechen, sie brotlos machen? Soll und muß die Frau, die nicht heiraten kann oder will, auch auf ein eigenes Kind verzichten? Wißt Ihr nicht, daß das Kind das natürlich-sittliche Produkt einer physischen Liebe ist oder seid Ihr so kühn, zu behaupten, daß alle Beamtinnen, die keine Kinder haben, dieser körperlichen Liebe entsagen? Da sie nun des eventuellen Kindes wegen ihrer Stellung verlustig gehen, werden auch diejenigen unter ihnen auf Abwege der Unmoral getrieben, die sonst einem Kinde das Leben geben würden! Eine solche Frau der sozialen Not auszusetzen, sie eventuell dadurch zum Verbrechen am eigenen Körper, zur Verzweiflung und anderen unabsehbaren Folgen zu treiben, ist nicht nur lieblos, sondern auch gewissenlos.

Diese Kinder, die ihr Leben oft einer reinen Liebe verdanken, die frei ist von allem unmoralischen Materialismus, der doch bei unseren heutigen Ehen so häufig den Ausgang gibt, können ebensogut wertvolle Glieder der Menschheit werden und an dem Wiederaufbau Deutschlands arbeiten helfen.

Ihr wollt die Masse zur körperlichen Entsagung alles Natürlichen zwingen und fördert dadurch die Heuchelei und das Verbrechen. Statt der Sittlichkeit zu dienen, hebt Ihr die Unmoral; denn ebensowenig, als sich in den Klöstern durch Kasteien oder anderen Perversitäten jedes menschliche Gefühl ersticken läßt, ebensowenig hebt Ihr die Sittlichkeit durch Eure Entschließung. Es ist tief zu beklagen, daß die Frau, die die Rechte ihrer Mitschwestern fördern will, diese mit Füßen tritt und sich somit in der Oeffentlichkeit als ihre unbarmherzige, gefühlsarme Feindin zeigt. Dieser Umstand kann auch auf die allgemeineren und materiellen Forderungen der Beamtinnen nur ungünstig wirken!

Nicht nur „Entlassung nicht in jedem Fall", sondern „Entlassung auf keinen Fall", wenn nichts weiter gegen den Ruf der Beamtin einzuwenden ist, als daß sie Mutter wird, müßte die Entschließung fordern, wenn die „Standesvertretung", die sie aufstellte, für sozial, für gerecht, ja nur für klarsehend gelten will. Leben wir nach unserem Gewissen, aber richten wir nicht über unsere Mitschwestern!

Es ist pharisäerhaft, in der außerehelichen Mutter grundsätzlich einen Makel zu sehen und uns besser zu dünken, als jene. Sehen wir uns lieber nach solchen Elementen um, die wirklich das Ansehen des Standes schädigen, die sich ihrer Frauenwürde nach außen vollständig begeben — und wir haben solche. Kein Stand ist vor dem Eindringen wirklich unmoralischer Elemente gefeit — auch der unsere nicht.

Ich habe die feste Hoffnung, daß gerecht- und klardenkende Männer, wie der Abgeordnete Steinkopf, im Reichstag für dieses heiligste aller Frauenrechte, das Recht auf Mutterschaft, eintreten und die Frauen, vor allem auch die Beamtinnen, dadurch gezwungen werden, sich nach und nach von mittelalterlichen, falschen und absurden Moralbegriffen zu lösen!

Ich aber fühle mich nach dem Stande meiner jetzigen Erkenntnis, zu der ich mich aus früher Erziehung hindurchgerungen habe, berufen, öffentlich einzutreten für die vielen, vielen Frauen, deren Leben durch eine solche Entschließung ruiniert werden soll und meine Ansicht klarzulegen für jene, denen sie, gleich mir, die Zornesröte ins Gesicht treibt.

Ein politischer Mord vor dem Schwurgericht.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Der Vorsitzende verkündet den Beschluß des Gerichts dahin: Der Vertagungsantrag wird insoweit abgelehnt, als er sich auf die behauptete unzulässige Beschränkung der Verteidigung bezieht. Die Verteidigung hat ausreichend Zeit und Gelegenheit gehabt, sich aus den Akten zu informieren. Die Beschlußfassung auf Ladung der vier benannten Zeugen bleibt vorbehalten, ebenso die Beschlußfassung über den Antrag auf Vertagung. Der Staatsanwalt wird ersucht, sofort die erforderlichen Ermittelungen nach den genannten Zeugen anzustellen event. ihre Ladung zu veranlassen.

Diese Vorverhandlungen dehnen sich bis 12½ Uhr aus. Bis dahin ist es noch nicht zur Verlesung des Eröffnungsbeschlusses gekommen. Es tritt dann eine halbstündige Pause ein, da die inhaftierten Angeklagten ihr Mittagessen entgegennehmen müssen.

Die eigentliche Verhandlung beginnt erst in den Nachmittagsstunden.

Nach der Nachmittagspause begann Landgerichtsrat Joël mit der

Vernehmung der Angeklagten.

Der Angeklagte Max Fichtmann ist am 22. November 1899 geboren und mosaischer Religion. Er ist durch Urteil des außerordentlichen Kriegsgerichts bei dem Landgericht II wegen versuchter räuberischer Erpressung und versuchten Mordes zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. — Rechtsanwalt Siegfried Weinberg teilt hierzu mit, daß er in dieser Sache das Wiederaufnahmeverfahren betreibe.

Der Angeklagte Hoppe ist wegen versuchter Wehrpflichtentziehung von dem Landgericht Flensburg zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden; der Rest der Strafe ist ihm durch eine Kaisergeburtstagsamnestie erlassen worden. Ferner ist H. wegen Vergehens gegen das Kapitalfluchtgesetz zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Der Angeklagte Winkler ist bisher unbestraft.

Nach dem zur Verlesung gebrachten Eröffnungsbeschluß sind Fichtmann und Hoppe des Mordes und Winkler der Beihilfe zum Morde angeklagt.

Landgerichtsrat Joël richtet an die Angeklagten die Mahnung, die reine Wahrheit zu sagen und nicht durch feige Winkelzüge die Schuld auf andere Personen abzuschieben. Wenn sie etwas begangen haben, so sollten sie auch den Mut haben, für eine von ihnen aus politischen oder sonstigen Gründen begangene Tat einzustehen. — Der Vorsitzende gibt sodann eine ausführliche

Darstellung der Tat und der Vorgeschichte,

wie sie von der Anklageschrift behauptet wird. Nach dieser soll der Mord in der Nacht vom Sonnabend, den 2. August, zum Sonntag, den 3. August, verübt worden sein. Die Leiche des Blau wurde dann am 7. August aufgefischt.

Erst nach dieser zur besseren Verständlichmachung für die Geschworenen abgegebenen Erklärung beginnt die Vernehmung der Angeklagten über ihre persönlichen Verhältnisse.

Der jetzt 21 jährige Angeklagte Fichtmann, zuletzt Jüdenstraße 22 wohnhaft, hat trotz seiner Jugend die Schankkonzession erlangt. Er hat nach seiner Angabe in seiner Jugend eine Gehirnerschütterung erlitten, sein Vater hat sich schon mehrmals in der Irrenanstalt Dalldorf befunden, sein Onkel hat sich in der Geisteskrankheit erschossen. Er war während des Krieges eingezogen, wurde aber, als er ins Feld sollte, fahnenflüchtig, da er sich nicht, wie er vor Gericht erklärte,

für den Kapitalismus totschießen

lassen wollte. Als er dann zwangsweise ins Feld sollte, kam es infolge der Revolution nicht mehr dazu. Nach Ausbruch der Revolution wurde er Kommunist und eröffnete als Zwanzigjähriger eine Schankwirtschaft in der Jüdenstraße, welche bald als „Kommunistenkneipe" bekannt wurde. Hier bildete sich aus zumeist sehr jugendlichen Leuten eine „Gruppe Fichtmann", eine Art Oppositionsgruppe innerhalb der Kommunistischen Partei (Spartakusbund). Diese jungen Leute liefen ständig in einer Art Wandervogelkostüm herum, arbeiteten zumeist nicht, sondern saßen zumeist in der „Kommunistenkneipe", wo sie politisierten und Mandoline und Gitarre spielten. Wie F. behauptet, habe ein Polizeispitzel namens Otmar Teufel von seiner Behörde den Auftrag erhalten, den „Kommunisten Fichtmann" unschädlich zu machen. Teufel habe die

Stahlhelme und Uniformen

besorgt, mit denen die räuberische Erpressung gegen den Juwelenhändler Orlowsky verübt worden war, wegen der er — unschuldig nach seiner Behauptung — zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei.

Wie der Angeklagte behauptet, habe er an jenem Abend die Schankwirtschaft von Obst aufgesucht und dort Verlobung gefeiert. Es sei deshalb unrichtig, daß ihn Zeugen am Abend des 2. August aus dem Mordhause haben herauskommen sehen, ebenso unrichtig sei es, daß er in der Mordnacht aus einem Hause der Teltower Straße Wein geholt habe. Vors.: Sie behaupten also, daß Sie bei zwei schweren Verbrechen, in denen Sie von Zeugen wiedererkannt werden, das Opfer einer Personenverwechselung geworden sind? Angekl.: Jawohl. Dr. Siegfried Weinberg: In dem Fall Orlowsky ist Fichtmann nach seiner Behauptung das Opfer eines Meineids des Belastungszeugen geworden. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte, daß ihm von dem Bestehen einer Terroristengruppe innerhalb seiner Partei, welche die

Beseitigung von Polizeiagenten

betrieben, nichts bekannt sei. Es sei auch nicht richtig, daß, wie in den Akten behauptet worden, während andere sich daran machten, den Blau zu erwürgen, er den Blau auf die Knie geworfen habe.

Der dann vernommene Angeklagte Hoppe ist der Sohn eines Tischlergesellen. Er ist nach Absolvierung der Gemeindeschule bezw. der Fortbildungsschule Lehrling bei einem Damenschneider geworden und dann in diesem Berufe weiter tätig gewesen. Mit etwa 14 Jahren hat er sich der Arbeiterjugendbewegung angeschlossen und bei großem Bildungsdrang sich weiter zu bilden gesucht. Er hat sich mit Geschichte, Nationalökonomie, Englisch, wirtschaftlicher Geographie, Literatur usw. beschäftigt. Nach seiner Entlassung vom Militär hat er sich der Organisation der „freien sozialistischen Jugend" angeschlossen und sich dort bald eine hervorragende Position errungen. Er ist, wie er auf Befragen des Vorsitzenden bekundet, überzeugter Kommunist, stehe aber auf dem rechten Flügel der Partei. Er hat die Leitung des Jugendverlages „Junge Garde" unter sich. Einmal ist er als Delegierter einer Reichskonferenz nach Weimar entsandt worden, ein anderes Mal hat er im Auftrage des Exekutivkomitees der Jugend-Internationale eine Reise nach Holland gemacht. Dieses Exekutivkomitee habe mit der

Propaganda der Tat

nichts zu tun. Er selbst bestreite, Mitglied irgend einer Terroristengruppe zu sein, bekämpfe im Gegenteil jeden Terror. Den Inspektor Blau habe er persönlich gar nicht gekannt. Zu der Versammlung in der Mittenwalder Straße, die von Leuschner, dem Vorsteher des II. Bezirks, geleitet wurde, sei er erst spät gekommen. Als er dort angekommen, habe eine Gruppe den Blau umstanden, die ihn auf Grund eines Briefes, den Leuschner in der Hand hielt, als Spitzel entlarvt hatte. Es war eine große Aufregung und man sagte ihm auf den Kopf die Spitzelei zu und hielt ihm vor: wie er die Frechheit haben könne, noch in dieser Versammlung zu erscheinen. Blau habe sich gegen den Vorwurf gewehrt und sich auf einen gewissen Stoltz berufen, der beweisen könne, daß er kein Spitzel sei. Sehr erregt war besonders ein Mann, der Mendelsohn hieß und den Spitznamen Acosta führte. Der Stoltz sollte auf der Kaiserallee bei der Pariser Straße wohnen. Ein Mitglied der Versammlung, der ein kleiner Mann und Ausländer gewesen sei, und er selbst seien dazu bestimmt worden, mit Blau in einem Auto nach der Wohnung des Stoltz zu fahren. Letzterer wurde nicht angetroffen und da habe man beschlossen, mit Blau

nach der Großbeerenstraße

bis zur Yorckstraße zu fahren und von dort mit ihm nach dem Kreuzberg zu gehen. Dort auf der Straße hatten sich einzelne Gruppen von Genossen angesammelt, die sehr erregt waren, weil St. nicht angetroffen worden war. Es wurde der Vorschlag gemacht, Blau einfach auf dem Tempelhofer Feld zu erschießen, aber eine Mehrheit war dagegen, nur eine Minderheit dafür. Mittlerweile war es Nacht geworden und es wurde beschlossen, mit Blau in eine Wohnung zu gehen und ihn dort gefangen zu halten bis zum nächsten Tage, um ihn dann zu Stoltz zu bringen und Aufklärung zu erhalten. Er selbst habe eine Ermordung für ganz zwecklos gehalten, denn ein Spitzel, der einmal entlarvt sei, sei doch nicht mehr gefährlich. Andererseits sei Blau auch verdächtigt worden, den Auftrag übernommen zu haben, gegen eine Belohnung von 80000 M. den Schweizer Nationalrat Platten zu ermorden. Um auch dies aufzuklären, erschien es ihm ganz zweckmäßig, den Blau festzuhalten. Pohl stellte seine Wohnung Gneisenaustraße 7a zur Verfügung. Er ging dann mit Pohl, einem dritten, namens Geisler, und Blau in die Wohnung hinauf und blieben die Nacht dort. Als er selbst am Morgen aufwachte, sei ihm von Geisler mitgeteilt worden, daß inzwischen schon der kleine Ausländer dagewesen sei, um zu sagen, daß Stroly noch nicht gefunden sei. Nachdem sie

in aller Gemütlichkeit

den von Frau Pohl gekochten Kaffee getrunken, hätten sie den Vormittag mit Lesen verbracht. Gegen Mittag sei ein großer Mensch gekommen und habe ihn herausrufen lassen. Er habe ihm dann mitgeteilt, daß Stroly noch immer nicht angetroffen worden sei und Blau weiter festgehalten werden solle. Der Mann habe dann noch erzählt: Blau sei auch Lockspitzel im Ruhrrevier gewesen und in den Januartagen bei der Besetzung der Bülgensteinschen Druckerei tätig gewesen. Mit einem Male habe der Mann aus seiner Tasche eine kleine Flasche mit Morphium herausgeholt und gesagt:

Macht doch kurzen Prozeß mit ihm!

Dies Ansinnen habe er entschieden zurückgewiesen und der Mann habe das Morphium wieder eingesteckt und sich entfernt. Der Angeklagte schildert dann weiter, wie der Tag eigentlich vollkommen harmonisch verlaufen sei. Er habe sich mit Blau, der ein gewisses Vertrauen zu ihm gefaßt hatte, ganz gut unterhalten und mit ihm zusammen einige Bücher gelesen. Blau habe ihm dabei unter anderem erzählt, er sei in München Spitzel für die antibolschewistische Bewegung gewesen, aber er habe seine Auftraggeber betrogen. Auch habe er angedeutet, daß er seinerzeit im Edenhotel sich aufgehalten und ihm die Photographien der Täter bringen könnte, die Rosa Luxemburg getötet hätten. Blau sei durchaus nicht wie ein Gefangener gehalten worden, habe auch nie versucht, wegzugehen, sondern bekundete immer den lebhaften Wunsch, daß doch endlich Stroly angetroffen werden möchte. Da es zweckmäßig erschien, bis dahin Blau noch weiter festzuhalten, die Pohlsche Wohnung aber doch zu eng war und überdies ein Wechsel des Aufenthalts ratsam erschien, weil es sich doch schon zu viel herumgesprochen haben konnte, daß in dieser Wohnung ein entlarvter Spitzel festgehalten würde, habe er sich entschlossen, Blau nach der Wohnung seines Freundes, des Angeklagten Winkler, Großbeerenstraße 20, zu bringen. Hier brach der Vorsitzende die Verhandlung ab und vertagte die Sitzung auf Freitag 9½ Uhr.

Soziales.

Beiträge in der Invalidenversicherung.

Bekanntlich sind vom 1. Juli ab den Rentenbeziehern aus der Invalidenversicherung ihre Zulagen erhöht und solche für Waisenrenten neu gewährt worden. Infolgedessen tritt ab 1. August auch eine Erhöhung der Beiträge für die Invalidenversicherung ein. Es werden dann folgende Wochenbeiträge erhoben: Lohnklasse I 90 Pf., II 100 Pf., III 110 Pf., IV 120 Pf. und V 140 Pf. Zu beachten ist, daß für die Zeit nach dem 1. August alte Marken nicht mehr verwendet werden dürfen. Selbstversicherten oder Weiterversicherten ist zu empfehlen, ihre Karten, soweit noch alte Marken zu verwenden sind, baldigst in Ordnung zu bringen. Ungültig gewordene Marken können binnen zwei Jahren nach Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer bei den Markenverkaufsstellen gegen gültige Marken umgetauscht werden.

Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckung.

Die Geltungsdauer der vom Rate der Volksbeauftragten am 14. Dezember 1918 erlassenen Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen ist abermals verlängert worden, und zwar bis zum 1. Januar 1921. Es sind demnach Zwangsvollstreckungen bei Kriegsteilnehmern nur mit Bewilligung des Vollstreckungsgerichts zulässig. Wird die Bewilligung nach Ablauf von sechs Monaten seit Beendigung der Kriegsteilnehmerschaft des Schuldners oder wird sie für eine Forderung nachgesucht, die nach Beendigung der Kriegsteilnehmerschaft entstanden ist, so ist sie nur zu versagen, wenn ihre Erteilung nach den Umständen des Falles offenbar unbillig wäre. Gedenkt das Vollstreckungsgericht die Bewilligung zu versagen, dann hat es auf eine Einigung des Schuldners mit dem Gläubiger hinzuwirken und, falls diese scheitert, zu beschließen, bis zu welchem Zeitpunkt der Schuldner die Leistung zu bewirken hat. Diese Frist darf nicht über den 1. Juli 1921 hinaus erstreckt werden. Das Vollstreckungsgericht kann anordnen, daß innerhalb dieser Frist der Schuldner die Leistung in Teilbeträgen zu bewirken hat. An den festgesetzten Fälligkeitsterminen ist die Zwangsvollstreckung dann ohne weitere Bewilligung des Vollstreckungsgerichts zulässig.

Weibliche Standesbeamte

läßt das neue Gesetz über den Personenstand vom 11. Juni 1920 zu. Damit ist den Frauen theoretisch die Möglichkeit der Betätigung auch auf diesem Gebiete gegeben. Bei den Eintragungen in die standesamtlichen Register fallen die Angaben über Religionszugehörigkeit fort. Beim Aufgebot entfällt die Angabe des Wohnorts der Eltern. Eintragungen über Personalien der Eltern werden in die Heirats- und Sterberegister nicht mehr gemacht. Wenn ein uneheliches Kind durch Heirat des Vaters mit der Mutter die Rechtsstellung eines ehelichen Kindes erlangt hat, so hat das Vormundschaftsgericht dies festzustellen und die Beischreibung der Feststellung am Rande der Geburtsurkunde auf Verlangen des Gerichts anzuordnen. Vor Anordnung des Aufgebots soll der Standesbeamte den Verlobten und denjenigen, deren Einwilligung nach dem Gesetz erforderlich ist, je ein Merkblatt aushändigen, in welchem auf die Wichtigkeit einer ärztlichen Beratung vor der Eheschließung hingewiesen wird. Die Standesbeamten haben ferner statistische Erhebungen einschließlich solcher über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft vorzunehmen. Der dem alten Gesetz vom 6. Februar 1875 angehängte Gebührentarif ist in der Weise erhöht worden, daß jetzt die Beträge verdoppelt sind. Sie betragen 1 M. für jeden beglaubigten Auszug aus den Registern, Vorlegung eines Jahrgangs der Register zur Einsicht usw., und steigen bis zu höchstens 3 und 4 M.

Sport.

6 Gradiver siegreich. Bei dem am 23. d. Mts. in Hamburg-Horn abgehaltenen Renntag waren sechs in Gradiz gezogene Pferde siegreich und zwar Vergleich, Herold, Funkspruch, Humboldt, Glimmer und Flamme. Von diesen Siegern befinden sich Vergleich und Herold, die beide ein Engagement im Derby haben, im staatlichen Rennstall.

Freier Wanderbund. Sonnenwende in den Biesener Höllen: Abfahrt Sonnabend früh 5,20 Uhr ab Alexanderplatz bis Fürstenwalde, nachmittags 3,19 und 5,50 ab Alexanderplatz bis Jakobsdorf, umsteigen in Fürstenwalde, 4,50 und 7,30 ab Alexanderplatz bis Jakobsdorf (Fernzug).

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Ortsgruppe Berlin, 1. Abt. 27. Juni früh 5 Uhr: Rauen, mittags 1 Uhr: Finkenkrug. — **2. Abt.** Sonnabend, 26. Juni, abends 6 Uhr, nach Teupitz (Sonnenwendfeier); Sonntag, 27., früh 5 Uhr, nach Teupitz. Beide Starts Jannowitzbrücke.

Wetterbericht bis Sonnabend mittag. Teilweise heiter, aber veränderlich ziemlich kühl, mit einzelnen leichten Regenschauern, bei frischen nordwestlichen Winden.

Grosse Preisermässigungen in
Schuhwaren
bei der städt. Bekleidungsstelle in Neukölln, Bergstr. 29

Damenstiefel
moderne Fassons, extra gute Roßchevreaux- u. Rindledersorten
106,- Mark

Herrenstiefel
gediegene Arbeit
115,- Mark
Ia Rindbox, kurze moderne Form

Kinderstiefel
bequeme Form, dauerhafte Qualität
von **44,- Mark** an

Verkauf an Jedermann. Auch an Nicht-Neuköllner.

Opernhaus.
DieFrau ohne Schatten
Anfang 5½ Uhr.

Schauspielhaus.
Die Journalisten.
Anfang 7 Uhr.

Deutsches Theater.
Letzte Aufführung
7½ Uhr: **Taifun.**
Ab Sonnabend: Gastspiel
Maria Orska
Weib und Hampelmann

Kammerspiele.
Abel — Käte Dorsch
7½: **Leibgardist**

Kleines Schauspielhaus.
Fasanenstr. 1 (Nähe Bhf. Zoo).
Gastspiel Werbezirk
7½: Moral d. Frau Dulska.

Theater des Westens
Max Pallenberg:
7½ Uhr: Goldene Ritterzeit.

Großes Schauspielhaus.
8: Lysistrata (25. Abt., 4. Ab.)
So. 7: Jul. Cäsar (13. Abt., 4. A.)

Theater i. d.
KöniggrätzerStraße
7 U.: **Geständnis**

Komödienhaus
8: D. Reise in die Mädchenzeit.

Berliner Theater
½8 Uhr: Der letzte Walzer

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **La Traviata.**

Die Tribüne
8 Uhr: **Bunbury.**

Friedr.-Wilhelmst.Th.
7½ Uhr: Evchen Humbrecht.

Kleines Theater.
7½ Uhr: Die Pfarrhauskomödie

Komische Oper
7.15 U.: Die Frau im Dunkeln

Lustspielhaus
7½ Uhr: Der ungetreue Ekkehart

Metropol-Theater.
7½ U.: Im weißen Röss'l

Neues Central-Theater
Heute geschloss. — Sonnab. 7½ U.: Die Dame im Frack.

Neues Operettenhaus
7½ Uhr: Prinzessin Friedl.

Neues Volkstheater
7½ Uhr: Die 3 Zwillinge

Schauburg
Königgrätzer Str. 121.
7 Uhr: Otto Härting in Eine nette Bekanntschaft.

Schiller-Theat. Charl.
7½ U.: Die Rabensteinerin.

Thalia-Theater
7½ U.: Ihre Hoheit die Tänzerin

Th. am Nollendorfplatz
7½ U.: Eine Nacht im Paradies

Theater i. d. Alt. Jakobstr.
7½ U.: Die verschwund. Pauline.

Wallner-Theater
7.15: D. lust. Weiber von Windsor

Walhalla-Theater.
7½ Uhr: **Kasernenluft.**

Reichshall.-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Stett. Sänger.
Varieté
Dönhoff-Brettl.
Garten u. Saal.
Anf. 6½, Sonnt. 6

Winter-Garten
Täglich 7.15 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ U.: Der Richter von Zalamea.

Lessing-Theater.
Sommerspielzeit
Allabendlich 8 Uhr:
LeopoldineKonstantin
in D. Glas d. Jungfrau

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die bessere Hälfte
mit Max Adalbert.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich 7½ Uhr:
Maskerade.

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich ½8 Uhr:
PaulWegeneru. Olga Limburg in
Die Raschhoffs

Friedr.-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: Evchen Humbrecht.
Der große Erfolg.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Schwarzwaldmädel

Theater Folies Caprice
Friedrich-, Ecke Linienstr.
7½ Uhr:
Flimmer-Klärchen
Musikalischer Schwank.

Admirals-Palast
7½ Uhr: Die lustige Puppe.

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Jeden Abend 7½ Uhr:
Elite-Sänger.
Horst, Ruselli, R. Schrader, Riess Schubert usw.
Blüthgen-Konzert.
Vorvk. 11-1½, 4-6 U.

Apollo
7½ Theater 7½
Direkt. James Klein.
Nur noch **6** Tage
Natura-
listisch-phantastisch.
Ballett
Varieté-Gastspiel
Franz Groß
v. Theat. d. Westens
8 weit. Sensationen

METROPOL KABARETT
BEHRENST. 53-54.
2 Lorleys
Dr. Benno Wünsch
Ciselatus
Rosel Dehny
Martin Loewe
Annie Trautner
2 Kajanows
Mimi Briz Gust. Werner
Arthur Weinschenk
in Coco u. Coca
Reeves u. Reeves
Am Flügel: E. Hentschel.
Kapelle Mundi Neumann.

B T L
Potsdamer Str. 38
Emil Jannings
in
Das große Licht.

Turmstr. 12
Asta Nielsen
im Drama
Das Ende vom Liede.

Friedenau, Rheinstr. 14
Alexanderplatz-Pass.
Der Besessene
Schauspiel n. d. Novelle: „Das Fräulein v. Scuderi"

Neue Welt
Arnold Scholz
Hasenheide 108–114
Täglich Konzert und Vorstellung.
Dienstags, Mittwochs, Donnerstags u. Sonntags:
Großer Ball.
Die Kaffeeküche ist täglich geöffnet.
Anfang wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

UFA-PALAST AM ZOO
BERLINS
Tagesgespräch!
3. Woche
ZIRKUS WOLFSON
Sensations-Film
Beginn 7 und ¾9 Uhr
Vorverkauf 11–1 Uhr

Sommer-Theater „Groß-Berlin"
vorm. Kliem, Hasenheide.
Freitag 8: Försterchristel.
Sonnabd. 8: Sens.-Schausp
Krone und Fessel.
Das Ende ein. Königskrone.
Ab 5½ Spezialitäten.
Kasse vorm. 10-1 u. ab 3 U.

LUNA-PARK

Sonntag	Gross-Feuerwerk Doppelkonz.	Eintritt 4.—
Montag	Doppel-Konzert	Eintritt 2.—
Dienstag	Volkstag Feuerw., Doppkonz.	Eintritt 1.50
Mittwoch	Doppel-Konzert	Eintritt 2.—
Donnerst.	Elitetag Gr. Feuerw., Doppkz.	Eintritt 5.—
Freitag	Doppel-Konzert	Eintritt 2.—
Sonnabd.	Feuerwerk Doppel-Konzert	Eintritt 3.—

Heute: **Doppel-Konzert**

Die regelmäßigen Fahrten
von Bremerhaven nach
Helgoland Norderney
beginnen 181/1
nicht am 27. und 29. Juni, sondern am 29. Juli ds. Js.

Die Ostseefahrten
Swinemünde-Zoppot-Danzig
fallen vom 3. bis 22. Juli aus.
Wiederbeginn am 24. Juli.
Nordd. Lloyd, Bremen
Abteilung Seebäderdienst.

Leistungsfähige
alt renommierte Zigarrenfabrik, welche in Berlin Fabriklager unterhält, sucht für ihre preiswerten, rein überseeischen Fabrikate, in der Preislage von 675—2000 M. versteuert, in ½₀ Verpackung und tabelloser Aufmachung, Dauerabnehmer. Vertreter für alle Bezirke gesucht. Offerten unter B. 58 an die Expedition dieser Zeitung, Berlin SW. 68. 734D

Bekanntmachung
betreffend die Wahlen zur Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung in Berlin.

Nachdem der für die Verfassunggebende Preußische Landesversammlung im Wahlkreise Berlin gewählte Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld seinen Wahlauftrag niedergelegt hat, berufe ich auf Grund des § 59 der Wahlordnung vom 30. November 1918 und in Gemäßheit des § 49 a. a. O. den Wahlausschuß zur Feststellung des Ersatzmannes, der gemäß § 21 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 an seine Stelle tritt, zu einer Sitzung auf

Sonnabend, den 26. Juni 1920,
vormittags 10 Uhr.

nach dem Wahlbureau des Magistrats, C. 2, Stralauer Straße 44/45, 1 Treppe, Zimmer 9, ein.

Dies bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Berlin, den 23. Juni 1920.

Der Wahlkommissar
für den Wahlkreis Berlin für die Wahlen zur Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung.
Cochning, Stadtrat.

(Tgb.-Nr. 1074. Wahl. 20.)

Volkswirtschaftl. Ausbildungskursus.
Beginn: 29. Juni 1920, abends 7 Uhr, im **Luther-Lyzeum**, Tempelhofer Ufer 2. Themen: **Geschichte des Sozialismus, Marxismus, Syndikalismus, Bolschewismus, Gewerkschaften, Betriebsräte u. a.** — Uebungstage: Dienstags und Donnerstags von 7 bis 9 Uhr abends. Kursdauer 8 Wochen. Einmalige Einschreibegebühr 5 Mk. Meldungen erbeten an **Ernst Mosich**, Schmargendorf, Hundekehlestr. 11. Auch in der ersten Kursstunde werden Meldungen entgegengenommen.
Die Kurse dienen keiner politischen Partei! 744D

Umlernen muß heute die ganze Welt, jedoch gar mancher wird davon besonders schwer betroffen. Er muß den ihm lieb gewordenen Beruf aufgeben und steht damit vor einer fast unlöslichen Aufgabe. Das beste Mittel, sich einen neuen Beruf, eine bessere Stellung zu verschaffen, bietet die **Methode Rustin** (**5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Professoren als Mitarbeiter**), ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissenschaftl. geb. Mann, Wissensch. geb. Frau, Geb. Kaufmann, Geb. Handlungsgehilfin, Bankbeamte, Einj.-Freiw.-Prüfg., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfg., Zweite Lehrerprüfg., Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Ackerbausch., Präparand., Konservatorium. Ausführl. 60 S. starke **Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenlos durch**
Bonneß & Hachfeld, Potsdam, Postf. 224

Preis 7,20 Mark

Franz Schmitz, Köln
Tabakfabrik
Herzogstraße 16 Telegr.-Adr.: **Virginia**
empfiehlt seine Spezialmarken in garantiert besten Ueberseetabaken für kurze und lange Pfeife.
Raucherliebling
100-Gr.-Packung (Java mit Virginia) Pfd. M. 28.50.
„Schmico"
Neu Mittelschnitt, ev. Feinschnitt, 100-Gr.-Packung (Füllung feinster Java/Vorstenland) Pfd. M. 27.—
Reichsflagge
edler Schnittabak, 100-Gr.-Packung Pfd. M. 30.—
Alles ab Köln, ausschl. Verpackung und Porto, voll versteuert, bzw. banderoliert. Versand in 10-, 15- und 20-Pfd.-Paketen gegen Nachnahme. 68/19

Offeriere im Auftrage einer Behörde zirka
3000 Arbeiter-Anzüge
durchrepariert, getragen, aber gut erhalten, aus starkem Militärdrillich, blau gefärbt, auch für die Straße geeignet. Preis pro Anzug **Mk. 51.—**, ab Lager Hamburg u. Schwerin.
Karl Krebs jr., Hamburg 1,
Rathausstraße 29. 142/8

Giftfreie naturgemäße Behandlung
von **Haut-, Harn- und Unterleibsleiden,** ohne Berufsstörung. Aufklärende, belehrende Broschüre für 1 Mk. portofrei in verschlossenem Umschlag ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann,
Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechzeit: 9–11, 2–4, Sonntags 10–11.

Spezialarzt
Dr. med. Grütering
Haut-, Harn-, Unterleibsleid. d. Männ. u. Frauen, Blutunters. **Invalidenstraße 35,** Ecke Chausseestr., Stett. Bhf. Spr. 11-1 u. 4½-6½, Sonnt. 12-1

Junge Eheleute
erhalten Prospekt über Mutterschutz unentgeltlich.
Frau Emma Fischer, Berlin-Wilmersdorf 130, Kaiserallee 168. 187/17

Rauchi

Ueberall erhältlich.
Lieferung nur an Wiederverkäufer.
„Martial"-Tabakfabrik
87/11 **Bremen 38.**

Führer durch das Reichs-Einkommensteuer-Gesetz
von
RUDOLF WISSELL
gibt über alle Bestimmungen des Gesetzes, wie: *Lohnabzug u. Steuerkarte, steuerpflichtiges u. steuerfreies Einkommen, Abzüge* usw., unter Anwendung praktischer Beispiele und Tabellen sichere Auskunft
Preis Mk. 2,50 + 20%
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstr. 2

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend
Ingenieurbureau **Schlichting**
Berlin W 9, Linkstraße 18
Tel.: Lützow 3705 und 8818.

Bis 1000 Meter alte
Stacheldraht
zu kaufen gesucht. Angebote an **C. Momberg, Berlin-Schöneberg,** Belziger Str. 26, III. Stock, bei **Ulbrich.** 14648

Armeepistolen 08
Parabellum
Mauser 9 Millimeter
kauft und zahlt höchste Preise
W. Dielke, Berlin SW, Kommandantenstr. 36

Stellengesuche

Privatsekretärinnen
Stenotypistinnen (auch sprachkundig), Kontoristinnen sowie Lageristinnen und Verkäuferinnen vermittelt kostenlos **Arbeitsnachweis der Stadt Berlin,** Fachabteilung für kaufmännisches Personal, Friedrichstraße 110/111, früher Nachweisbureau (9–2). 1274

Stellenangebote

Für Rauchtabakpackerei
werden tüchtige Packerinnen eingestellt. Meldungen erbitten Oranienburger Straße 57 im Fabrikgebäude. 98/15

Nachtwächter
zum sofortigen Antritt für großen Bauplatz gesucht. Gedienter Soldat event. pensionierter Beamter bevorzugt. Es wird auf eine energische Persönlichkeit Wert gelegt. Schriftliche Offerten mit Gehaltsansprüchen unter C. 85 an die Hauptexpedit. des „Vorwärts".

Galvaniseur für Schwarznickel-, Nickel- und Messingbad wird verlangt. Meldungen i. Einstellungsbureau **Nationale Automobil-Gesellschaft, Akt.-Ges., Berlin-Oberschöneweide,** Ostendstraße 1-5. 7439

Geübte Kernwicklerinnen
für Pupinspulen werden eingestellt. Arbeitsstelle in Charlottenburg. Meldungen vormittags 8–11 Uhr.
Siemens & Halske A.-G.
Wernerwerk, Arbeiterannahme.
Siemensstadt bei Berlin.

Sozialdemokratische Anträge.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm Stellung zur Wohnungsfrage und beschloß, eine Interpellation einzubringen. Weiter beschäftigte sie sich mit der Arbeitslosenfrage und stimmte der Einbringung folgender Interpellation zu:

Was gedenkt die Regierung gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit zu tun, wie gedenkt sie, insbesondere in der jetzigen Krise, die Stillegung von Betrieben zu verhindern, und Arbeitsgelegenheit zu beschaffen!

Ferner wurden die Genossen Dr. Braun und Keil beauftragt, die Steuerfragen, besonders aber die Einkommensteuer, eingehend zu prüfen und Vorschläge auszuarbeiten, nach denen die Härten beim Steuereinzug behoben werden können. Weiter wurde beschlossen, in eine Prüfung der Personalfragen anläßlich dieser Kabinettsbildung nicht einzutreten. Schließlich beauftragte die Fraktion die Genossen Dr. Radbruch und Dr. Börschmann und die Genossinnen Schröder, Schreiber und Böhm-Schuch, ein Notgesetz auszuarbeiten, das den unhaltbaren Zustand aufhebt, der sich aus den §§ 217—220 des Strafgesetzbuchs (Tötung des keimenden Lebens) ergibt.

Die Thüringer Landtagswahlen.

Aus Thüringen wird uns geschrieben:

Die Thüringer Landtagswahlen haben den Unabhängigen eine Schlappe gebracht, die sie nicht wieder überwinden werden. Während sie am 6. Juni 227 596 Stimmen mustern konnten, brachten sie es am 20. Juni nur noch auf 186 239 Stimmen; das sind 44 354 oder 20 Proz. weniger als 14 Tage vorher! So hatten sie sich ihre „ungestüme Vorwärtsentwicklung" sicher nicht gedacht. Es vollzog sich hier ein Vorgang, der überall dort zu bemerken war, wo die Unabhängigen, wie in Thüringen, bis dahin das Heft unbestritten in den Händen hielten. Das sind die drei Wahlkreise Gotha, Gera und Sondershausen. Dort waren sowohl Landtag wie Regierung unabhängig geeicht. Und die Entwicklung war folgende: 1919 zur Nationalversammlung erhielten die Unabhängigen in Gotha 51 851 Stimmen, am 6. Juni 1920 nur noch 41 865, und jetzt zur Landtagswahl gar bloß noch 35 302 Stimmen! In der gleichen Zeit aber wuchsen dort die bürgerlichen Stimmen von 36 997 bei der Nationalversammlungswahl auf 50 444 am 6. Juni. In Reuß rutschte die U. S. P. von 58 341 zur Nationalversammlungswahl auf 52 662 am 6. Juni, und auf 50 177 am 20. Juni herunter, während die Bürgerlichen umgekehrt von 42 439 auf 58 331 am 6. Juni sich erhoben und selbst am 20. Juni mit 52 295 die U.S.P.-Stimmen noch überholten. In Sondershausen das gleiche Bild: 1919: 18 650, am 6. Juni 22 898 bürgerliche Stimmen.

Mit anderen Worten: Wo die Unabhängigen unbeschränkt schalteten und walteten, da trieben sie die Hasen in die Küche der Gegner, waren also die echten Schrittmacher der Reaktion. Unsere Partei hat sich dagegen bei der Landtagswahl tapfer gehalten, denn wenn es uns angesichts der etwa 10 Proz. schlechteren Wahlbeteiligung gegenüber dem 6. Juni gelang, unsere Stimmenzahl zu halten, so ist das schon ein absoluter Erfolg, der um so höher anzuschlagen ist, als der Zusammenbruch der Unabhängigen geradezu als katastrophal zu bezeichnen ist. Uns ist sicher: Wären die Wahlen noch 14 Tage später vorgenommen worden, die Folgen wären für die U.S.P.-Leute noch viel übler gewesen. Mit Abscheu wendet sich eben jetzt doch der Teil der denkenden Arbeiterschaft, der sich zur U. S. P. verirrt, schleunigst wieder ab.

Neben der U. S. P. haben die Demokraten wesentlich an Stimmen verloren. Die Folge des Stimmenrückganges der U. S. P. ist, daß sie im neuen Landtage anstatt nach dem Resultat vom 6. Juni mit 19 jetzt nur mit 15 Sitzen vertreten sein wird. Die 4 Demokraten bilden, wenn S. P. D. und U. S. P. im Landtage zusammengehen, was bisher im Volksrate immer der Fall war, das Zünglein an der Wage, denn 23 Volksparteilern, Landbündlern und Nationalen stehen die 15 Stimmen der U. S. P. und die 11 sozialdemokratischen Stimmen gegenüber.

Demzufolge wird auch die Regierungsbildung einige Schwierigkeiten bereiten. Die stets polternde „Neue Zeitung" in Jena verkündet bereits als Dogma, daß die U. S. P. sich an der Regierung nicht beteiligen werde.

Baden und Württemberg.

Mannheim, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Erörterungen über die Vereinigung mit Württemberg im badischen Landtag haben im Württemberg großes Aufsehen erregt. Das „Stuttgarter Neue Tageblatt" bemerkt zu dieser Frage, daß dieselbe, trotzdem sich Wirtschafts- und Verkehrspolitiker, die Handelsorganisationen und die Industrie für eine Förderung der Angelegenheit eingesetzt haben, über den Zustand der rein theoretischen Erwägung nicht hinauskomme. Der Eifer, mit dem die Sache in Württemberg betrieben worden sei, habe in Baden ein gewisses Mißtrauen hervorgerufen. Man habe Württemberg gewissermaßen Annexionsabsichten auf Baden unterstellt. Solche Absichten hätten in Württemberg schon aus dem Grunde nicht bestehen können, da der Plan einer badisch-württembergischen Zusammenlegung durch die auch von württembergischer Seite gewünschte Einbeziehung von Hohenzollern, Hessen und der Bayrischen Pfalz auf eine breitere Grundlage gestellt worden sei und sich in der Richtung der Gründung eines süddeutschen Großstaates bewegt habe. Die Entwicklung der Finanzen, der bevorstehende Bau des Neckar-Donau-Kanals und die politischen Bestrebungen der Franzosen, die auf die Errichtung eines Rheinbundstaates unter Einbeziehung von Baden abzielten, legten auch in Baden den Vereinigungsgedanken nahe genug.

Reichs- und Landesbesoldung.

Die in letzter Zeit von den Ländern erlassenen Besoldungsgesetze stufen vielfach die Landesbeamten günstiger ein, als das im Frühjahr zustande gekommene Reichsgesetz gleichwertige Reichsbeamte. Für die Reichsbeamten wird der Ausgleich bei der bevorstehenden Revision des Besoldungsgesetzes herbeizuführen sein. Diese umfangreiche und schwierige Arbeit ist vom Reichsfinanzministerium bereits eingeleitet. Aus der Verschiedenheit der Besoldungsgesetze der Länder und des Reiches ergeben sich aber auch jetzt bereits unmittelbare Schwierigkeiten bei der Einstufung der Länderbeamten der Betriebe, die auf das Reich übergegangen sind. Reichsverkehrs-, Reichspost- und Reichsfinanzminister sind übereinstimmend der Ansicht, daß nicht nur im Herbst die Folgerungen aus den Ländergesetzen für das Reichsgesetz gezogen werden müssen, sondern daß auch schleunigst ein Weg gefunden werden müsse, wie schon jetzt die Einreihung der in den Reichsdienst zu übernehmenden Länderbeamten in der Besoldungsordnung des Reichs ohne Nachteil gegenüber den Landesbeamten erfolgen kann. Diese Frage ist einer Kommission überwiesen, die ihre Arbeiten beschleunigt durchzuführen hat. Die Angelegenheit wird alsdann sofort dem neuen Kabinett und dem Reichstage unterbreitet werden.

Preußen im Reichsrat.

Die preußische Landesversammlung hat am Donnerstag den Antrag des Geschäftsordnungsausschusses auf sofortige Entlassung des Abg. Kilian (U. S. P.), der gegenwärtig eine dreijährige Gefängnisstrafe wegen Delikten ausschließlich politischer Art (Drohung mit Gewalt, Behörden zu einer ungesetzlichen Handlung zu veranlassen, Bildung bewaffneter Banden, Freiheitsberaubung und ähnliches) verbüßt, gegen die beiden Parteien der Rechten unter lebhaftem Beifall angenommen.

Es folgt der Antrag des Verfassungsausschusses auf Abänderung der Reichsverfassung über

die preußischen Stimmen im Reichsrat.

Der Antrag bezweckt die Verlängerung der in der Verfassung gegebenen Fristbestimmung für die Ernennung der Reichsratsmitglieder, damit die Neuregelung der Verhältnisse der Provinzialverwaltungen berücksichtigt werden kann.

Abg. Dr. Preuß (Dem.): Die Verlängerung der Gültigkeit der heutigen preußischen Stimmen im Reichsrat wird sich nicht umgehen lassen. Wir beantragen aber, es lediglich bei der Veränderung der Fristbestimmung zu lassen und nicht darauf zu beziehen, daß die Pflichtstimmenzahl Preußens im Reichsrat und die Stimmen seiner Provinzen abgeändert werden. Diese Forderung würde im Reichstage nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhalten. Außerdem würde durch Annahme des Antrages des Ausschusses im Süden eine bedenkliche Stimmung erzeugt.

Abg. v. Kries (Dnatl.): Wir stimmen für den Ausschußantrag und lehnen den Antrag Preuß ab. Da wir sowieso wegen Verlängerung der Frist an den Reichstag herantreten, so können wir auch die Aenderung der anderen einschlägigen Bestimmungen der Reichsverfassung beantragen.

Unterstaatssekretär Dr. Freund tritt ebenfalls für Annahme des Ausschußantrages ein; ebenso Abg. Scholich (Soz.).

Danach wird der Antrag Preuß abgelehnt und die Vorlage einstimmig angenommen.

Montag, 5. Juli, vormittags 11 Uhr: Uebergang der standesherrlichen Vergregale an den Staat, kleine Vorlagen.

Schluß 3,45 Uhr.

Eigenartige Irrtümer.

Der „Populaire" vom 22. Juni bringt in einem Telegramm aus Berlin den Appell, den der „Vorwärts" am 19. Juni unter der Ueberschrift: „Alles gefährdet!" anläßlich der Stadtverordnetenwahlen veröffentlicht hat. Einige Stellen davon haben auf dem Wege von Berlin nach Paris ganz merkwürdige Aenderungen erfahren. In unserem Wahlaufruf hieß es:

„Aus doktrinärer Verranntheit und aus Haß gegen die Sozialisten und Arbeitervertreter anderer Richtung hat das Zentralkomitee der U. S. P. die gemeinsame Beteiligung beider sozialistischer Parteien an der Regierung abgelehnt und damit die ganze politische Macht in die Hände der bürgerlichen Parteien gespielt."

In der Meldung des Pariser Blattes lautet die betreffende Stelle folgendermaßen:

„Aus Haß und doktrinärer Verranntheit hat sich das Zentralkomitee der U. S. P. geweigert, mit den Rechtsparteien an der Regierung mitzuwirken und damit die politische Macht den reaktionären Parteien ausgeliefert."

Wir müssen demnach feststellen, daß aus dem ursprünglichen Text einige Worte weggelassen worden sind und daß dafür die Worte „mit den Rechtsparteien" hinzugekommen sind, deren Bedeutung in diesem Zusammenhang wohl niemand wird bestreiten wollen: denn sie erwecken den Anschein, als machten wir den Unabhängigen den Vorwurf, daß sie sich nicht an einer Koalition mit den Deutschnationalen und den Volksparteilern beteiligen wollten! Solche „Irrtümer" sind besonders bedenklich, wenn sie in den Blättern erscheinen, die uns immer wieder mit Kot bewerfen, für die dagegen jede Handlung der Unabhängigen von vornherein unantastbar ist.

„Revolutionäre" Kasuistik.

Nach einer Meldung der „Freiheit" aus Paris haben Cachin und Frossard, die sich nach Moskau begeben haben, um über die Aufnahme der französischen Sozialisten in die dritte Internationale zu verhandeln, von dort aus an die „Humanité" gedrahtet, daß die Bolschewiki diese Zulassung von dem Verzicht auf jeden Gedanken an eine sogenannte vierte Internationale abhängig gemacht haben. Ferner sollen die französischen Sozialisten ihren aufrichtigen Glauben an die Diktatur des Proletariats durch revolutionäre Propaganda und revolutionäre Aktion beweisen. Die Meldung der „Freiheit" besagt, daß die „Humanité" dieser Mitteilung ihrer Abgesandten hinzufüge, daß hier wohl ein Mißverständnis vorliegen müsse, da niemals ernstlich an die Schaffung einer vierten Internationale gedacht worden sei.

Diese Bemerkung der „Humanité" ist nichts anderes als Wortklauberei. Wenn nicht an die Schaffung einer vierten Internationale gedacht wurde, was hatte denn der Austritt aus der zweiten Internationale ohne den bedingungslosen und sofortigen Anschluß an die dritte für einen Sinn? Warum wurden dann die Resolution Stoecker in Leipzig und die Resolution Loriot in Straßburg zu Fall gebracht, die diesen sofortigen und bedingungslosen Anschluß an Moskau forderten. Es war vielmehr die ausdrückliche Parole des unabhängigen Parteivorstandes und des französischen „Komitees für den Wiederaufbau der Internationale", zu dessen Führer Cachin und Frossard gehören, und dessen Sprachrohr die „Humanité" war, daß, falls — wie man erwartete — die Moskauer Herrschaften unmögliche Bedingungen an die Aufnahme der Franzosen und der deutschen Unabhängigen in die dritte Internationale knüpfen würden, man den Versuch machen würde, alle „revolutionären" Sektionen der Internationale in einen neuen Organismus zusammenzufassen, der die Beteiligung von Sozialisten an einer Koalitionsregierung verwerfen und den „reinen Klassenkampf" führen würde. Jetzt soll plötzlich niemals „ernstlich" davon die Rede gewesen sein. Das Schauspiel, das jene Parteien bieten, die die zweite Internationale verlassen haben, dieses Verleugnen der ureigensten Gedanken und Pläne beim ersten Stirnrunzeln eines Sinowjew ist einfach widerwärtig.

Verhandlungen mit Ungarn.

Wien, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Amtlich wird mitgeteilt: In einer Besprechung, die unmittelbar vor Ausbruch des Boykotts zwischen dem Staatskanzler Dr. Renner und dem ungarischen Gesandten in Wien stattgefunden hat, ist der Gedanke einer Vermittlung des deutsch-österreichischen Staatskanzlers zwischen der ungarischen Regierung und dem internationalen Gewerkschaftsbund aufgetaucht. Der ungarische Gesandte erklärte dabei, daß sich die ungarische Regierung, sobald eine solche Vermittlung stattfinden sollte, der Erteilung von Aufklärungen an die Vertreter des Gewerkschaftsbundes nicht entziehen werde. Drei Delegierte des internationalen Gewerkschaftsbundes treffen nun Sonnabend abend von Amsterdam in Wien ein, wo sie unter Vermittlung des Staatskanzlers am Montag mit Vertretern der ungarischen Regierung eine Aussprache haben werden.

Der tschechische sozialdemokratische Abg. Stribrn teilt mit: Die von der madjarischen Regierung amtlich verbreitete Nachricht über eine weiterbestehende Telegraphenverbindung zwischen Berlin und Budapest über Prag ist tendenziös erfunden. Auf eine Anfrage bei der Leitung des tschecho-slowakischen Preßbureaus wurde dem Abg. Stribrn erklärt: Die madjarische Regierung habe sich zwar zweimal an dieses Bureau durch ihre Wiener Vertretung mit dem Ersuchen gewandt, den Nachrichtendienst über Prag zu vermitteln, aber dieses Gesuch wurde in beiden Fällen strikt abgewiesen. Auch alle übrigen Nachrichten über Nichteinhaltung des Boykotts auf dem Gebiete der tschecho-slowakischen Republik werden an offizieller Stelle bestritten; besonders aus der Slowakei kommen Nachrichten, daß dort das staatliche Verkehrspersonal den Boykott streng durchführt.

Die Wiener Permanenzkommission hat beschlossen, die Eisenbahner zu ersuchen, daß sie die auf den steirischen Strecken aufgehaltenen amerikanischen Mehltransporte für die amerikanische Kinderhilfsaktion in Ungarn passieren lassen. Dieses amerikanische Mehl ist ausschließlich für die Speisung der armen Bevölkerung unter amerikanischer Kontrolle bestimmt. Das Ersuchen bezieht sich aber ausschließlich auf die durch amerikanische Bezettelung bezeichneten Mehltransporte der Hilfsaktion, im übrigen ist der Boykott auch weiterhin in voller Strenge fortzusetzen.

Auf dem Ostbahnhof ist der normale Verkehr wieder eingeführt, nachdem die deutschnationalen Beamten die Erklärung abgegeben hatten, daß sie den Boykott gegen Ungarn nicht verhindern könnten, also auch nichts mehr gegen ihn unternehmen werden. Die Züge gehen jetzt ohne die Beamten vollkommen regelmäßig ab.

Aus Graz kommt die Meldung, daß an der steirisch-ungarischen Grenze ungarisches Militär zusammengezogen ist.

Der Mörderhäuptling Oberleutnant Heijas hat einen offenen Brief im Befehlton gegen die ungarische Regierung veröffentlicht, was zu Gerüchten über einen Anmarsch von Offiziersdetachements auf Budapest und zu Pogrombefürchtungen Anlaß gegeben hat.

Deutschland bedauert den U-Boot-Krieg.

Genua, 23. Juni. Wie erst jetzt bekannt wird, erklärte Albert Thomas unter Bezugnahme auf den englisch-deutschen Zwischenfall im Verlauf der Seemannskonferenz, daß der deutsche Delegierte Wissell von seiner Regierung die Ermächtigung erhalten habe, folgende Erklärung abzugeben:

„Wir beklagen mit Ihnen die zahlreichen Opfer des U-Boot-Krieges, den Deutschland in seiner Not unternahm, um sich gegen die Blockade zur Wehr zu setzen. Die deutsche Regierung hat bereits Veranlassung genommen, ohne nach dieser Richtung irgend einen Widerspruch zu erheben, auf Grund des Annexes I des Art. 244 des Friedensvertrages, vornehmlich der Teile 1 und 2 des erwähnten Annexes, alle Schäden wieder gutzumachen, die die Führung des Seekrieges durch Deutschland den alliierten und assoziierten Mächten und ihren Staatsangehörigen verursacht hat. Ferner hat die deutsche Regierung, in Uebereinstimmung mit den Informationen, die sie uns vor unserer Abreise gab, hinsichtlich der Schadenersatzansprüche neutraler Staaten, deren Bürger in jedem einzelnen Falle entschädigt, sofern die beigebrachten Begründungen die Ansprüche rechtfertigten."

Der Führer der englischen Seeleute Havelock Wilson (ein Ergnationalist. Red.) drückte im Anschluß an diese Erklärung seine Befriedigung darüber aus, daß das deutsche Volk das von ihm (!), durch die Führung des U-Bootkrieges begangene Unrecht anerkenne.

Der Reichsrat hat mehrere neue Vorlagen den Ausschüssen überwiesen, darunter einen Gesetzentwurf über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstags und den wiedereingebrachten Entwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. Der Entwurf eines Reichswehrgesetzes ist vom Wehrminister zurückgezogen worden zu einer nochmaligen Ueberarbeitung.

Auch in Bremen haben erregte Volksmengen Geschäftslager zu Friedenspreisen ausverkauft. Natürlich kann der Ruin einzelner Geschäftsleute dem Volksganzen gar nichts nützen.

August Stein, der bisherige Vertreter der „Frankfurter Zeitung", ist, wie uns ein Privattelegramm aus Frankfurt a. M. meldet, nach 37jähriger Dienstzeit in den Ruhestand getreten. An seine Stelle tritt der frühere Londoner Vertreter des Blattes, Dr. Gutmann. — August Stein hat jahrzehntelang in Berlin die Macht der Presse repräsentiert, neben Herrn v. Huhn von der — Kölnerin war er der einzige Berliner Pressevertreter, der unmittelbar mit den kaiserlichen Ministern verkehrte. Im demokratischen Deutschland sind die Beziehungen zwischen Regierung und Presse viel enger, da die Minister teils selber direkt von der Presse kommen, teils als Mitarbeiter und als bürgerliche Leute den einst von Wilhelm II. sogenannten „verhockten Existenzen" viel näher stehen. Besonders enge Beziehungen verbanden August Stein mit dem Fürsten Bülow — war doch Stein der journalistische Hauptträger der fortschrittlich-konservativen Blockpolitik. Von jener Zeit weiß Stein viel Amüsantes zu erzählen, vielleicht tut er es noch einmal in einem Buch?

Fraktionsspaltung in Waldeck? Nach der „Waldeckischen Ztg." haben im Landtag 5 Sozialdemokraten gegen und 2 für die Vorlage über die sehr reichliche Abfindung des Fürsten gestimmt, die von der bürgerlichen Mehrheit angenommen wurde. Näherer Bericht bleibt abzuwarten.

Lohnbewegung der Bürgermeister. Die Berufsbürgermeister der Pfalz verlangen u. a.: Neugestaltung ihrer Dienstverträge, Abschlüsse auf zehn Jahre, Regelung der Rückkrittsrechte, achtwöchigen Urlaub, Jahresentschädigung einschl. Zulagen für mittlere Städte von 40 000 bis 43 000 M.

Die Requisition der Pfalzbahnen ist von den Franzosen mit Rücksicht auf die Wiederaufnahme der Arbeit aufgehoben worden. — Den Mainzer Arbeitersekretär Karl Groetschner haben sie nach Stellung einer Kaution aus der Haft entlassen.

Aus Eupen, Malmedy und Monschau werden Verhaftungen von deutschen Beamten durch die belgischen Besatzungsbehörden gemeldet wegen Verbreitung oder auch nur wegen des Besitzes (!) von Flugblättern, die sich gegen die Belgier richten.

Mit der Bildung des neuen polnischen Kabinetts wurde Grabski beauftragt, der ein fachmännisch-parteiloses Ministerium bildete.

Die litauische Nationalversammlung sprach gegen die Stimmen der Sozialisten dem neuen Kabinett Grinius das Vertrauen aus. In seiner Programmerklärung hatte Ministerpräsident Grinius die Räumung der von den Polen besetzten litauischen Gebiete, vor allem Wilnas, als die Voraussetzung eines friedlichen Nachbarverhältnisses zwischen Litauen und Polen bezeichnet.

Zwischen Georgien und Aserbeidschan ist der Friede unterzeichnet worden. Georgien behält die Provinz Tiflis.

Gewerkschaftsbewegung

Streik in den Groß-Berliner Verkehrsbetrieben!

Schon seit einem Jahr wird seitens der Bediensteten und Arbeiter der Groß-Berliner Verkehrsbetriebe die Gleichstellung in Lohn, Urlaub und sonstigen Bezügen mit den Arbeitern der Stadt Berlin erhoben. Diese zum 1. Juli 1920 erneut gestellte Forderung wurde vom Arbeitgeberverband in der Verhandlung am 23. Juni mit dem Hinweis auf die schlechte finanzielle Lage der Betriebe abgelehnt.

Eine am 24. Juni stattgefundene Funktionärversammlung nahm zu dieser ablehnenden Frage Stellung. Es kam einmütig zum Ausdruck, daß die gestellte Forderung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchgefochten werden müsse.

Eine Entschließung, in welcher die Funktionäre das Angebot ablehnen und den Kollegen die Aufnahme des Kampfes empfehlen, fand einstimmige Annahme.

Die Urabstimmung über Streik oder Arbeit muß spätestens bis Montag erledigt sein.

Die gestellten Forderungen der Hochbahner, Arbeiter und Handwerker, sind gleichfalls abgelehnt worden.

Der pommersche Landarbeiterausstand. Wie WTB. meldet, hat der Landrat des Kreises Köslin nach langwierigen Verhandlungen mit den Ausständigen nunmehr die Technische Nothilfe angerufen. Daraufhin ist im Laufe des Donnerstag die Nothilfe auf fünf Gütern des Kreises zur Verrichtung der Notstandsarbeiten eingesetzt worden. Da auch im Kreise Flatow ein neuer Landarbeiterausstand ausgebrochen ist, steht auch dort die Nothilfe bereit. Es wäre verfehlt, wenn die Nothilfe eingesetzt würde lediglich zu dem Zweck, berechtigte Forderungen der Landarbeiter durch ihre Hilfe bei anderen als Notstandsarbeiten erdrosseln zu helfen. Denn die ungeheure Verbreitung für die Nothilfe auch in Bergen auf Rügen läßt darauf schließen, daß es sich um eine umfassende Organisation des Streikbruchs handelt.

Essen ohne Wasser.

Einer Meldung aus Essen zufolge haben die ausständigen städtischen Arbeiter das Wasserwerk stillgelegt. Die ganze Stadt ist ohne Wasser, auch die Krankenanstalten. Mehrere industrielle Werke haben den Betrieb bereits einstellen müssen.

Tarifbewegung der Angestellten im Butter-Kleinhandel.

In einer Versammlung in den Prachtsälen „Alt-Berlin" referierte Andrée über die Tarifverhandlungen mit dem Verein der Butter-Kaufleute. Er wies darauf hin, daß die Verhandlungen längere Zeit in Anspruch genommen haben, als seitens der Organisation erwartet wurde. Oftmals sah es aus, als ob die Verhandlungen scheitern würden. Die Kolonialwarenhändler machten noch in letzter Stunde den Versuch, die Tarifverhandlungen zu hintertreiben. Der Referent machte darauf aufmerksam, daß die Forderungen der Angestellten nicht ganz erfüllt würden, aber trotzdem bei der heutigen wirtschaftlichen Krise die Organisation die Annahme des Tarifvertrages empfehle. Man müsse auch anerkennen, daß die Arbeitgeber bei diesen Verhandlungen schon weitere Forderungen der Angestellten bewilligt haben, wie beim ersten Tarifvertrag, z. B. gleiche Bezahlung für männliche und weibliche Angestellte. Nach längerer Debatte wurde der Tarifvertrag und die Verfahrensordnung zum Schiedsgericht einstimmig angenommen.

Auskunft über diesen Tarifvertrag erteilt die Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7—10.

Aus der Metallindustrie!

In der Angestelltenschaft der Groß-Berliner Metallindustrie macht sich eine weitgehende Erregung bemerkbar, nachdem die Unternehmer den Schiedsspruch, der den Tarifstreit beilegen sollte, abgelehnt haben, einen Schiedsspruch, der fast restlos die grundsätzlichsten Wünsche der Unternehmer erfüllte. Weil sie aber den Tarif ab 1. Mai gelten lassen sollten, was nach Lage der Dinge nur logisch war, und weil sie eine Erhöhung des Teuerungszuschlages zubilligen sollten, wollen sie die Angestellten bis zum „Aeußersten" treiben.

Für die Stimmung der Angestellten ist besonders die Meinung der Betriebsversammlung der Firma Siemens u. Halske, Wernerwerk, kennzeichnend.

Dieses Werk ist eines der größten der Metallindustrie. Es sind dort rund 8000 Angestellte beschäftigt. Die Betriebsversammlung faßt die Meinung über die Handlungsweise der Unternehmer wie folgt zusammen:

„Die Angestellten des Wernerwerks haben mit Entrüstung von der Ablehnung des Schiedsspruches durch die Arbeitgeber Kenntnis genommen. Sie betonen nachdrücklichst, daß sie der Annahme des Schiedsspruches nur zugestimmt haben, weil sie sich ihrer Verantwortung gegenüber dem deutschen Wirtschaftsleben bewußt waren. Dieses Verantwortlichkeitsgefühl scheint bei den Unternehmern nicht vorhanden zu sein, sondern nur das Bestreben, nach und nach die ihnen durch die Revolution abgerungenen Vorrechte zurückzuerobern.

Unter diesen Gesichtspunkten beauftragen die Angestellten des Wernerwerks die bei dem Tarifvertrag beteiligten Angestelltenorganisationen, alles daranzusetzen, eine weitere Verelendung der Angestelltenschaft zu verhindern und die Erfüllung des Schiedsspruches zur restlosen Durchführung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu bringen."

Achtung, Zimmerer!

Wegen Nichtanerkennung des neuabgeschlossenen Tariflohnes wird über die Firma Otto Müller Akt.-Ges., Cöpenick, Brandenburger Platz, die Sperre verhängt. Die Arbeiten führt dort der Zwischenunternehmer Ernst Bretag aus. Die Firma versuchte, nachdem die Zimmerer dort in den Streik getreten sind, Tischler einzustellen und die notwendigen Arbeiten vorläufig auszuführen. Wir warnen deshalb alle Zimmerer und Tischler, dort in Arbeit zu treten, da sie sich sonst des Streikbruches schuldig machen.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands. Zahlstelle Berlin und Umgegend. Engelufer 15, III. J. A.: F. Benada.

Gegen zu hohe Löhne und kurze Arbeitszeit bei den städtischen Straßenbahnen

hatte der Arbeitgeberverband der deutschen Straßenbahnen in diesen Tagen sich in einer Eingabe an die Magistrate und Stadtverordnetenversammlungen der deutschen Städte gewendet. Diese Eingabe hat der Stadt Berlin zu einer Erwiderung Veranlassung gegeben, in der folgendes betont wird:

„Niemand wird die mißliche Lage verkennen, in der sich gegenwärtig das deutsche Straßenbahnwesen befindet, aber diese ungünstigen Verhältnisse sind doch keineswegs nur eine Erscheinung im Straßenbahngewerbe allein, unser gesamtes Wirtschaftsleben befindet sich zurzeit in einer schweren Krise, deren Ueberwindung eine noch hoffentlich kurze Zeit auf sich warten lassen und die nicht durch einen sofortigen, von der sonstigen Preisentwicklung unabhängigen Abbau der gegenwärtigen Löhne, wie er in dem Aufruf empfohlen wird, beschleunigt werden würde. Die Verhältnisse liegen in Berlin auch keineswegs so, daß die Arbeiter höhere Löhne beziehen als die, welche die Industrie zahlt, und wenn dort ein Vergleich mit den Löhnen der Vorkriegszeit gezogen wird, so muß hierbei auch darauf hingewiesen werden, daß diese Löhne vom sozialen Standpunkt nicht eben als besonders hoch bezeichnet werden konnten."

Nachdem dann zu den in der Eingabe ausgesprochenen, an die [illegible] in der Erwiderung weiter:

„Andere Städte mit einer sicherlich nicht teureren Lebenshaltung als Berlin, wie z. B. Chemnitz, Köln-Mühlheim, Bromberg, Graudenz, Baden-Baden, Herne, Solingen-Castrop, Solingen, Düsseldorf, Remscheid, Dortmund, ferner die Straßenbahnen im Saarial z. T. sind im übrigen ganz bedeutend über die Groß-Berliner Tarife schon hinausgegangen. Wenn demgegenüber andere Bahnen, wie in Jena, Lahr, Würzburg usw., ihren Betrieb eingestellt haben, so kann dieses Vorgehen wohl kaum die gesamte Wirtschaftslage zutreffend kennzeichnen. Denn es handelt sich hier durchweg nur um kleine Bahnen, deren Betrieb sehr wohl sich in Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, als ein gewisser Luxus darstellt und mit dem Betrieb einer Großstadt, wo der Straßenbahnverkehr Lebensbedürfnis ist, in keiner Weise in Vergleich gestellt werden kann. Daß im übrigen in Berlin in Rücksicht auf die ungünstige Wirtschaftslage Betriebseinschränkungen vorgenommen worden sind, ist nicht zutreffend. Ebenso unzutreffend ist die dortige Annahme, daß der Betrieb der Erfurter Straßenbahn eingestellt worden sei.

Ablehnung des Schiedsspruchs im Einzelhandel.

Die Arbeitgeber im Einzelhandel, welche in der Einzelhandelsgemeinschaft organisiert sind und zu den reaktionärsten Arbeitgebern gehören, haben den von dem Schlichtungsausschuß des Reichsarbeitsministeriums über den Rahmen des Tarifes gefällten Schiedsspruch abgelehnt. Der Schiedsspruch stellt fest, daß Lehrlinge und jugendliche Angestellte bis zum vollendeten 17. Lebensjahre nicht zu Ueberstunden herangezogen werden dürfen. Das ist ihnen natürlich unfaßbar, und sie wollen für die Ueberstunden auf diejenigen, welche bisher ihre willigsten und billigsten Arbeitskräfte waren, nicht verzichten. Ferner verlangen sie, daß für die kleineren Geschäfte 20 Proz. niedrigere Gehälter festgesetzt werden, als für die größeren. Das gehörte aber gar nicht zu diesem Schiedsspruch, denn der Schiedsspruch über die Gehälter war bereits gefällt und von ihnen angenommen. Der Schiedsspruch setzte auch fest, daß alle Angestellten mit einem Gehalt bis 18 000 M. pro Jahr Ueberstundengelder erhalten sollen, während die Unternehmer die Grenze bei 15 000 M. haben wollen. Alles in allem Gründe, die an den Haaren herbeigezogen sind, nur um der Ablehnung einen Schein von Berechtigung zu geben. Die Herren meinen, die wirtschaftlichen Verhältnisse liegen jetzt so, daß sie den Angestellten alles bieten dürfen. Sie befinden sich aber sehr im Irrtum, denn das kaufmännische Personal in den Geschäften des Einzelhandels weiß ganz genau, daß seine Arbeitgeber zu denen gehören, die den meisten Nutzen aus der Kriegskonjunktur und aus den Verhältnissen nach Ausbruch der Revolution gezogen haben, ohne daß sie sich bemüßigt fühlten, ihren Angestellten, die sie „treue Mitarbeiter" betitelten, die geradezu unwürdigen Gehälter aufzubessern.

Die Harmonieverbände der Angestellten haben vollkommen versagt, sehr zum Schaden der Angestellten, denn die Unternehmer denken nicht daran, ihren Angestellten auch nur das Geringste ohne Kampf zuzugestehen. Der Zentralverband der Angestellten hat natürlich sofort die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beim Reichsarbeitsministerium beantragt, und es wird erwartet, daß diesem Antrage so schnell wie möglich entsprochen wird, da es sonst sehr leicht zu Differenzen kommen kann. Die Unternehmer irren sehr, wenn sie meinen, die Angestellten würden weiter Schindluder mit sich treiben lassen.

Eine Konferenz der Vertreter der Pensionsregelungsbehörden fand vor einigen Tagen in Berlin statt. Die Veranlassung zur Konferenz war, daß die zurzeit verschiedenen Verwaltungen unterstehenden Pensionsregelungsbehörden jetzt zu den Versorgungsbehörden gehören und jetzt dem Reichsarbeitsministerium unterstellt sind. Infolgedessen ist eine Umbildung des gesamten Apparats notwendig geworden, zu der die Angestellten Stellung nahmen. Außerdem wurde über Beamtenfragen und über den Reichstarifvertrag für behördliche Angestellte gesprochen. Ein Referat über die Praxis der Betriebsräte bei Behörden vervollständigte die Tagesordnung. In einer einstimmig angenommenen Resolution erkannten die Anwesenden die bisherige erfolgreiche Tätigkeit des Zentralverbandes der Angestellten an und bezeichneten denselben als die einzige in Frage kommende Interessenvertretung und empfahlen allen Angestellten sofortigen Beitritt. Zu dem beim Zentralverband der Angestellten bestehenden Reichsfachausschuß der Angestellten der Versorgungsbehörden wurde ein Angehöriger der Pensionsregelungsbehörden hinzugewählt.

Eine Generalversammlung der Groß-Berliner Betriebsräte

tagte am gestrigen Donnerstag in der Unionsbrauerei, um zu dem von der Gewerkschaftskommission und den Rätezentralen geplanten Zusammenschluß sowohl der Berliner als auch der deutschen Betriebsräte Stellung zu nehmen. Richard Müller entwickelte seine bekannten Auffassungen über die Betriebsräteorganisation. Am Schlusse der Versammlung gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der es heißt:

„Die Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin erklärt, daß keine Instanz über die Form der Zusammenfassung der Betriebsräte zu entscheiden hat, daß darüber nur die Angestellten und Arbeiter durch ihre Betriebsräte selbst zu entscheiden haben. Die Generalversammlung verlangt eine selbständige Organisation der Betriebsräte zur Wahrnehmung der wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiterklasse, die außerhalb des Rahmens der Tätigkeit der Gewerkschaften liegen. Sie erkennt an, daß auch die Gewerkschaften ihre Betriebsräte zusammenrufen müssen zur Regelung der in ihr Tätigkeitsgebiet fallenden Aufgaben. Eine Verständigung über die Tätigkeit beider Organisationen ist notwendig und muß durch eine Vereinbarung herbeigeführt werden. Der zwischen der Rätezentrale und dem Ausschuß der Gewerkschaftskommission aufgestellte Organisationsplan kann als Grundlage angesehen werden. Irgendwelche Bestimmungen über die Finanzierung der Räteorganisation, die ihre Selbständigkeit aufheben, müssen unterbleiben. Die Generalversammlung verlangt von den beteiligten Körperschaften den sofortigen Abschluß der Vereinbarungen auf dieser Grundlage."

Wir halten diese Sonderorganisation der Betriebsräte durch die Berliner Gewerkschaftskommission und die Rätezentrale im Gegensatz zu der vom Deutschen Gewerkschaftsbund geleiteten Betriebsrätezentrale für eine große Gefahr, weil dadurch der Einfluß der Arbeiterklasse im Wirtschaftsprozeß anstatt gestärkt, in bedauerlichem Maße geschwächt werden muß. Nur auf gewerkschaftlichem Boden können die Betriebsräte ein gewaltiges Instrument im Befreiungskampf des Proletariats werden.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Ortsgruppe Berlin. Montag, den 28. Juni, abends 5½ Uhr, in den Prachtsälen, Alt-Berlin, Blumenstr. 10, Große Branchenversammlung der Betriebshandwerker und -arbeiter. Tagesordnung: 1. Branchenangelegenheiten und Berufsfragen. 2. Freie Aussprache. 3. Verschiedenes.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 5a (Rechtsanwalts- und Notariatsangestellte). Sonnabend, 26. Juni, 4 Uhr: Mitgliederversammlung, Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Hierzu 1 Beilage.

Nervenschwäche und Entkräftigung

behebt man rasch und sicher mit Regipan-Tabletten. Aerzte und Publikum bringen diesem neuen Mittel großes Interesse entgegen. Es gibt nichts besseres. In allen Apotheken sowie Drogerien zum Preise von Mk. 7.— per Packung erhältlich. Alleinige Fabrikanten Kontor Pharmacia, München II.

Regipan

Die Spitze abgebrochen

haben wir den teuren Preisen.

J. F. Assmann
Ernst Ladewig
Otto Reichelt
Butterh. Union
Butterh. Loreley

gez. F.

Harzer-Käse Pfund 6,50
Holländer " " 12,75
Weiße Bohnen Pfd. 2,50
Braune " " 2,50
Getreidekaffee " 3,90
Reine Fruchtmarmelade Pfd. 1,90

Frisch gebrannt, KAFFEE 1/4 Pfd. 6.— Mk.
Holländ. Korff'- KAKAO 1/4 Pfd. 5.— Mk.
Prima REIS Pfund 5.50 Mk.

143 Filialen in Gr.-Berlin.

Zusendung an Hotels, Cafés, Restaurants und andere Groß-Abnehmer nur ab Lager: Reichelthof Schlesische-Straße 28 zu Vorzugs-Preisen!